

Rechtsanwälte Hoffmann und Dr. Elberling
Eichhofstraße 14 24116 Kiel

Landgericht Hamburg
Sievekingplatz 1
20355 Hamburg

Abschrift

Beglaubigt
Rechtsanwalt

Alexander Hoffmann
Dr. Björn Elberling

Rechtsanwälte

Eichhofstraße 14
24116 Kiel

Tel: (0431) 534 00 635

Fax: (0431) 545 97 72

info@presserecht-bundesweit.de
www.presserecht-bundesweit.de

Gerichtsfächer:

Nr. 31 LG Kiel

Nr. 66 AG Kiel

USt-ID-Nr: DE287505335

Bei Antwort bitte immer angeben:

UM-5734/19-HE

Kiel, den 02. Juli 2019

Klage

in der Pressesache der

Frau Kristina Hänel, Neuen Bäume 22, 35390 Gießen

- Klägerin -

Prozessbevollmächtigte: RA Hoffmann und Dr. Elberling

gegen

Herrn Klaus Günter Annen, Cestarostr.2, 69469 Weinheim

- Beklagter -

wegen Unterlassung und Forderung.

Wir vertreten die Klägerin und erheben Klage gegen den Beklagten mit den Anträgen,

1. den Beklagten zu verurteilen, es zu unterlassen, öffentlich

mit Bezug auf die Klägerin zu behaupten und/oder zu verbreiten,

- „Sie, Frau Hänel, töten unschuldige und wehrlose Kinder, ein verabscheuungswürdiges und Menschenverachtendes Verbrechen und an Ihren Händen klebt Blut, viel Blut.“,
- die Klägerin stoße das Tor zu Auschwitz weit auf,
- die Klägerin sei eine „Entartete“

und/oder

die Klägerin mit in den KZs im historischen Nationalsozialismus eingesetzten Wachmannschaften und/oder Me-

diziner_innen zu vergleichen, insbesondere unter Verwendung des folgenden Lichtbilds



wie geschehen auf der Internetseite des Beklagten unter den URL www.babykaust.de/01/2019/paradoxie/auszeichnungen.html, www.babykaust.de/01/2019/menschenrechte/recht_auf_leben.html sowie www.babykaust.de/01/2019/219a-werbeverbot/219a_stgb-2019.html

2. dem Beklagten für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen Nr. 1 die Verhängung eines Ordnungsgeld von bis zu 250.000 € und für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, ersatzweise Ordnungshaft, oder Ordnungshaft von bis zu sechs Monaten anzudrohen,
3. den Beklagten weiter zu verurteilen, eine Geldentschädigung an die Klägerin zu zahlen, deren Höhe in das Ermessen des Gerichts gestellt wird,
4. den Beklagten weiter zu verurteilen, an die Klägerin vorgerichtliche Rechtsverfolgungskosten i.H.v. € 1.171,67 zuzüglich Zinsen i.H.v. 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz ab Rechtshängigkeit zu zahlen.

Für den Fall des Vorliegens der gesetzlichen Voraussetzungen beantragen wir bereits jetzt den Erlass eines

Versäumnisurteils im schriftlichen Vorverfahren.

Begründung:

I. Zum Sachverhalt

1. Die Klägerin ist Fachärztin für Allgemeinmedizin und Inhaberin einer hausärztlichen Praxis. Sie bietet dort neben klassischer hausärztlicher Versorgung auch das volle Spektrum medizinischer Versorgung zum Thema Frauengesundheit an, darunter auch Schwangerschaftsabbrüche.

Sie ist bundesweit bekannt, nachdem sie wegen des Vorwurfs der strafbaren Werbung für Schwangerschaftsabbrüche (§ 219a StGB) angeklagt und 2017 erstinstanzlich verurteilt wurde. Für ihre maßgebliche Beteiligung an dem politischen Kampf für eine Abschaffung oder wenigstens Reform des § 219a wurde sie vielfach ausgezeichnet. Sie hat 2019 ein Buch mit dem Titel „Das Politische ist persönlich. Tagebuch einer ‚Abtreibungsärztin‘“ veröffentlicht, zu diesem in mehreren Städten Lesungen durchgeführt und wurde zu mehreren Veranstaltungen zum Thema eingeladen.

Sie ist Mitglied der Musikgruppe „Klezmer's Dream“, in der sie Akkordeon spielt und singt. Die Gruppe spielt jiddische Lieder und erinnert mit ihren Konzerten auch an die Opfer der Shoah.

2. Der Beklagte ist ein Abtreibungsgegner (selbst sogenannter „Lebensschützer“) und verantwortet die Internetseite [babycaust.de](https://www.babykaust.de/) / [babykaust.de](https://www.babykaust.de/).

Beweis: Impressumseite unter <https://www.babykaust.de/impressum.htm>, **Anl. K1**.

Auf dieser hetzt er seit Jahren u.a. gegen Ärzt_innen, die Schwangerschaftsabbrüche anbieten, veröffentlicht z.B. die Adressen von Praxen, teilweise auch Fotos der Eingangsbereiche der Praxen. Wie schon der Name der Seite aussagt, ist seine zentrale Aussage, Schwangerschaftsabbrüche stellten einen „Babycaust“ dar, ein Verbrechen, das schlimmer sei als der Holocaust. Dabei arbeitet er vielfach mit Schockbildern, die vorgeben, Ultraschallaufnahmen von Embryonen im Mutterleib oder Embryonen nach Schwangerschaftsabbrüchen zu zeigen, mit Bildern von blutbeschmierten Händen mit OP-Handschuhen und dergleichen.

Wegen der Holocaust-Vergleiche auf seiner Internetseite und der Nennung der Namen von Ärzt_innen in diesem Zusammenhang ist der Beklagte bereits zuvor von deutschen Gerichten zur Unterlassung verurteilt worden. So wurde erst im September 2018 seine Individualbeschwerde zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen ein Urteil des Landgerichts Karlsruhe vom 09.02.2010, mit dem er insoweit zur Unterlassung und zur Zahlung einer Geldentschädigung an einen genannten Arzt verurteilt wurde, als unbegründet abgewiesen (EGMR, Annen ./ Deutschland (Nr. 5), Beschwerde Nr. 70693/11, Urteil vom 20.09.2018, deutsche Übersetzung veröffentlicht in juris).

3. Auf seiner Internetseite hat der Beklagte mehrere Texte veröffentlicht, die sich u.a. auf die Klägerin beziehen. Diese Texte hat er im Laufe der Zeit mehrere Male ergänzt. Im Einzelnen handelt es sich um die folgenden Texte:

a) In einem Text unter der Überschrift „74 Jahre nach Auschwitz + Mauthausen ... kommt es noch schlimmer?“, veröffentlicht unter der URL www.babykaust.de/01/2019/paradoxie/auszeichnungen.html, reagiert der Beklagte u.a. auf die Auszeichnung der Klägerin sowie eines anderen Arztes, der Schwangerschaftsabbrüche durchführt, durch die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) der SPD Ostallgäu.

In Reaktion auf die Aussage der Klägerin in einem Zeitungsinterview, dass „Mahnwachen“ von Abtreibungsgegner_innen vor ihrer Praxis ihre Patientinnen traumatisieren, spricht der Beklagte die Klägerin direkt an:

„Sie, Frau Hänel, töten unschuldige und wehrlose Kinder, ein verabscheuungswürdiges und Menschenverachtendes Verbrechen und an Ihren Händen klebt Blut, viel Blut.“

Es folgt ein Bild, das zwei blutverschmierte Hände mit OP-Handschuhen vor einem OP-Kittel zeigt.

Wenig später spricht der Beklagte die Klägerin erneut direkt an:

„Vor einigen Jahren besuchte ich die Vernichtungsstätten der Nazis in Mauthausen und auf Schloss Hartheim
Auch Sie, Frau Kristina Hänel, hätten so wie ich, erschüttert und fassungslos, diese beiden Tötungsstätten wieder verlassen.
Unsägliches Leid, Quälereien, menschenverachtende Experimente und schließlich die Ermordung vieler unschuldiger Menschen in den KZs,
... so etwas soll nie wieder geschehen!

Und wissen Sie, Frau Hänel, welches Bild mich am meisten getroffen hat?

Nach dem Töten ein lustiger ‚Betriebsausflug‘ ...“

Es folgt eine Gruppenaufnahme von Angehörigen einer KZ-Wachmannschaft bzw. Mediziner_innen der SS, die fröhlich in die Kamera lachen und von denen einer ein Akkordeon in den Händen hält, mit der Bildunterschrift

„... und nach dem lustigen ‚Betriebsausflug‘ wieder ran an die Alltagsarbeit: dem töten!“,

gefolgt von dem Text

„‘Nie Wieder‘ zu den ‚normalen Verbrechen‘ von damals und erst recht

‚Nie wieder‘ zu den ‚normalen Verbrechen‘ von heute!“,

einem der für die Webseite des Beklagten typischen „Abtreibungs-Horrorbilder“, das vielfach wiederholt wird, und der erneuten direkten Ansprache an die Klägerin:

„Töten von Menschen als normale Leistung?
Niemals!

Über 10.000 Kinder haben Sie, Frau Kristina Hänel, im Bauch ihrer Mütter getötet!
Nie Wieder?“

In einer Ergänzung des Artikels in Reaktion auf einen Tweet der Klägerin, der eine Attacke des Beklagten auf die Münchener Kammerfestspiele, die die Klägerin zu einer Veranstaltung eingeladen hatten, thematisiert, spricht der Beklagte erneut die Klägerin direkt an und führt aus

„Die Tötungsspezialistin (nach 218) Kristina Hänel hat scheinbar noch nicht begriffen, daß es in einer Demokratie UNABSTIMMBARES gibt!

Müssen wir da, Frau Massenabtreiberin, 74 Jahre nach Auschwitz und Mauthausen, überhaupt noch drüber reden?“

Und in Reaktion auf eine weitere Äußerung der Klägerin, die er unter seiner eigenen Äußerung zitiert und beschreibt, schreibt der Beklagte, wiederum „garniert“ von Schockbildern:

„Vorsicht!
Wenn Mütter zu sehr lieben,
töten sie oder lassen töten !

Die Verrückte Welt der Entarteten!“

Insgesamt hat der Artikel den folgenden Inhalt:

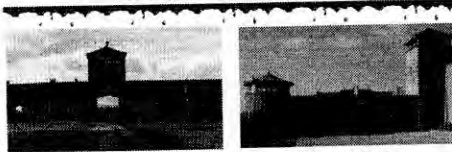
Die Webseite, die Unrecht beim Namen nennt !

www.Babykaust.de

"WO RECHT ZU UNRECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT, GEHORSAM ABER VERBRECHEN!"
Papst Leo XIII. (1891)

• Newsletter / monatlicher Rundbrief • Wichtige Termine •

74 Jahre nach



Auschwitz

Mauthausen

... kommt es noch schlimmer ?

Das man sich bei Bürgern bedankt und diese auszeichnet,
die durch Einsatz und Engagement
Menschenleben retteten, ist keine Frage!

Aber wie sieht es mit Bürgern aus,
die als Mediziner massenhaft Kinder rechtswidrig
und unter bestimmten Bedingungen straffrei töten?



Welcher normal denkende Bürger mit Haus- und Sachverstand versteht,
das im Jahre 2019 von einer
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)
zwei TötungsMediziner ausgezeichnet werden ?

Friedrich Andreas Stapf (München)

(mehr als 140.000 durchgeführte Kindstötungen im Mutterleib)

Kristina Hänel (Gießen)

(mehr als 10.000 durchgeführte Kindstötungen im Mutterleib)

Am 8. März 2019 (Weltfrauentag) überreichte
Iлона Deckwerth (SPD), Mitglied im Stadtrat in Füssen und Fraktionsvorsitzende im Kreistag Ostallgäu,
an die beiden **Massenabtreiber Stapf und Hänel**
die **"Rote ASF-Rose"**.

Ein lokales Preisgeld in Höhe von 300 Euro erhielt
der "Pro-Familia" Ortsverband Kempten, der zur "Profa-Gruppe"
gehört, die 4 Abtreibungs-Tötungszentren (med.Zentren) unterhalten, in denen jährlich etwa 4-5.000 Kinder getötet werden.
(Jahresumsatz ca. 3 Millionen Euro)

In der Begründung heißt es:

"Mit diesem Preis werden Personen oder Gruppen ausgezeichnet, die sich in besonderer Weise um die Gleichstellung verdient gemacht haben.
Als HauptpreisträgerInnen 2019 wurden **Kristina Hänel** aus Gießen und **Friedrich Stapf** aus München gewählt.
Sie erhalten die Skulptur der Roten ASF-Rose.

Beide haben entscheidend dazu beigetragen, dass Frauen in Deutschland, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden,
nach einer persönlichen Beratung diesen Eingriff in der Obhut qualifizierter ÄrztInnen durchführen lassen können, nicht nur stationär,
sondern auch ambulant."

Übersetzt: Diese beiden Mediziner werden dafür geehrt, daß sie Kinder vor der Geburt töten ... und dies auch ambulant vornehmen.
Töten von Menschen nach §218 als Voraussetzung für eine Auszeichnung.

So hat sich das innerhalb weniger Jahrzehnte gewandelt!
Das Menschenrecht auf Leben wird mit den Füßen getreten und dafür wird von den Feministen
das Recht auf straffreies Töten seines ungeborenen Kindes gefordert. Man spricht allerdings von **Selbstbestimmungsrecht oder reproduktiver Gesundheit** ... das hört sich dann doch viel besser an.

Lebensrechtler wollen die Menschenrechte, insbesondere das absolute Menschenrecht auf Leben, verteidigen und den Schutz der Schwächsten gewährleisten.

Der derzeitigen katastrophalen Entwicklung, nicht nur in Deutschland, muß endlich massiv entgegengetreten werden.

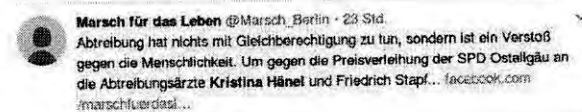
Für Lebensrechtler bedeutet das natürlich gewaltfrei und unter Beachtung der geltenden Gesetze ...
Wachen Sie auf und leisten Sie heute

Widerstand!

Setzen wir uns ein für das
Menschenrecht auf Leben für ALLE !
Morgen könnte es schon zu spät sein!

WENN SIE NICHTS TUN, TUN ES ANDERE,
ABER ANDERS, ALS SIE ES WOLLTEN !





Kinderabtreiberin Hänel twittert stolz, daß die mutigen ASF-Frauen sie und Abtreiber Stapf ausgezeichnet haben, weil sie dazu beitragen, ungeborene Kinder zu töten.



Folge ich

Die mutigen ASF Frauen Ostallgäu haben **Friedrich Stapf** und mir die Rote ASF Rose verliehen dafür, dass wir dazu beitragen, dass Frauen einen Schwangerschaftsabbruch in der Obhut qualifizierter Ärzt*innen durchführen lassen können. DANKE #219a



07:05 - 9. März 2019

... und Preisträger **Kinderabtreiber Friedrich Andreas Stapf**, auf dem nachfolgendem Screenshot zu sehen (etwa 2 Monate nach der Preisverleihung), ist er krank, sehr krank geworden?



Bis zu 14 **Abtreibungen** pro Tag

DIE WELT - 03.05.2019

Friedrich **Stapf** ist Arzt und nimmt pro Tag bis zu 14 **Abtreibungen** vor. Die Frauen, erzählt er, die zu ihm kommen, sagten ihrem Partner häufig ...

Die Frau, die bislang am meisten von der unsäglichen kostenlosen
"219a-Propaganda" der Medien profitierte:

Allgemeinmedizinerin **Kristina Hänel**,

die sich auf das **Töten von Kindern** nach §218 spezialisiert hat.

Volle Praxis, populäre KinderAbtreiberin, gefragte Rednerin, mehrfache Preisträgerin ...

m.M.n. eine kranke Frau, die wie besessen
gegen das Menschenrecht auf Leben für ALLE kämpft.
Was mag in diesem armen Menschen vorgehen?

Ist sie nun "ganz von Sinnen"?

Auf www.move36.de klagt die Kinderabtreiberin die Lebensrechtler an
Hänel: "Lebensschützer traumatisieren meine Patienten"

(nachfolgende Screenshots als Beweis)

Sie, Frau Hänel, töten unschuldige und wehrlose Kinder,
ein verabscheuungswürdiges und Menschenverachtendes Verbrechen
und **an Ihren Händen klebt Blut, viel Blut**



Lebensrechtler mögen zwar bei ihren friedlichen Aktionen
für das Lebensrecht aller Menschen
eventuell Frauen und Mütter erschrecken,
doch Blut haben sie sicher nicht an ihren Händen!



THEMENWELTEN ▾ VERANSTALTUNGEN PARTYPICS MOVE36-MAGAZIN ▾ MOVE@SCHOOL JOBS 🔍



Teile diesen Beitrag



Kristina Hänel, die deutschlandweit bekannte Gießener Allgemeinmedizinerin, kämpft für ein liberaleres Recht von Abtreibungen. Die Zahl der Ärzte, die überhaupt noch Abbrüche von Schwangerschaften vornehmen, geht seit Jahren zurück. In Fulda sowie allen anderen katholischen Landesteilen in Hessen gibt es nicht einmal einen Arzt, der Abtreibungen anbietet. Im Interview mit move36 spricht Kristina Hänel über diese Situation, berichtet von Gebetswachen vor ihrer Praxis und reagiert auf den Vorwurf, ihr gehe es nur ums Geld. Im aktuellen Magazin liest du außerdem, warum in Fulda ein Klima der Angst in Sachen Abtreibung herrscht.

Wann kommen Frauen, die abtreiben wollen, in Ihre Praxis? Nach oder vor Schwangerschaftskonfliktberatung?

Die Schwangerschaftskonfliktberatung muss immer vor der Behandlung erfolgen. Anschließend müssen noch drei Tage vergehen, bevor eine Frau einen Abbruch vornehmen lassen darf. Ansonsten verstößt der Abbruch gegen § 218 StGB.

Aus welchen Gründen treiben Frauen ab, die zu Ihnen kommen?

Ich gehe stark davon aus, dass sie die Schwangerschaft nicht austragen möchten oder können. Nein, im Ernst. Selbstverständlich verstehe ich, wie die Frage gemeint ist. Allerdings sind die Gründe doch so vielfältig wie die Frauen selbst. Allerdings ist ihnen gemein, dass sie gerade in einer Lebenssituation sind, in der sie nicht die Unterstützung und den Rückhalt haben und geben können, um ein Kind zu bekommen. Mit ihrer Entscheidung übernehmen sie Verantwortung. Sie wissen genau, ob sie die Kraft für ein Kind aufbringen können.

Wie beurteilen Sie die Arbeit von Lebensschützern, wie beispielsweise Menschen, die Gebetswachen vor Ihrer Praxis abhalten?

Dafür fehlt mir jedes Verständnis.

haben Sie das Gefühl, die Gegner von Schwangerschaftsabbrüchen haben aktuell Zulauf?

Ich weiß, dass ich mehr Feindseligkeiten und feigen Angriffen ausgesetzt bin. Generell kenne ich mich in dieser Szene aber nicht gut genug aus, um beurteilen zu können, ob die Zahl der Abtreibungsgegner zunimmt.

Wie fühlen sich Frauen nach der Behandlung?

Hierauf gibt es keine allgemeine Antwort. Viele fühlen Erleichterung. Das sieht man auch an ihrer Haltung und ihrem Ausdruck. Natürlich kommt es auch vor, dass Frauen Trauer empfinden. Das ist vollkommen natürlich und hat nichts mit einer psychischen Erkrankung zu tun, wie von Abtreibungsgegnern immer wieder behauptet wird.

haben sich die Zahlen der Frauen, die in Ihrer Praxis einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen wollen, im Zuge der öffentlichen Debatte verändert?

Durch meine Interviews und öffentlichen Auftritte, kennen mich nun mehr Frauen. Viele scheinen auch ein gewisses Vertrauen zu mir aufgebaut zu haben, weil sie meinen Einsatz für das Informationsrecht zum Schwangerschaftsabbruch schützen und meinen Standpunkt teilen. Es mag daher meiner Bekanntheit geschuldet sein, dass nun mehr Frauen zu uns in die Praxis kommen. Natürlich hängt es auch damit zusammen, dass es einfach wenige Arzt*innen gibt, die Abbrüche durchführen. So reisen Frauen zum Teil aus Bayern an, weil sie niemanden in ihrer Nähe gefunden haben und der Überzeugung sind, dass sie bei uns in der Praxis gut behandelt werden. Kürzlich rief eine junge Frau an, die von ihrer Freundin, die bei mir einen Abbruch hatte, die Empfehlung bekam, zu uns zu kommen. Teilweise müssen wir Frauen bereits abweisen, weil wir keine Termine innerhalb der gesetzlichen Frist für einen Schwangerschaftsabbruch haben.

Was sagen Sie zum Vorstoß der Gießener Stadtfractionen, eine Schutzzone um Ihre Praxis einzurichten?

Ich möchte mich klar für das Recht auf freie Meinungsäußerung aussprechen. So gestehe ich es selbstverständlich den Menschen vor meiner Praxis zu, dass sie gegen Abbrüche sind. Allerdings kann es nicht angehen, dass meine Patientinnen von den Aktionen dieser Leute traumatisiert werden. Ich muss meine Patientinnen schützen und bin für friedliche Unterstützung dabei sehr dankbar.

Wie beurteilen Sie den von der Regierung beschlossenen Kompromiss zum Paragraphen 219a?

Er löst nicht das Problem.

Wieso muss ein Arzt aus Ihrer Sicht online über Schwangerschaftsabbrüche informieren dürfen? Immerhin plant die Bundesregierung eine Informationsseite einzurichten.

Warum sollten Arzt*innen nicht online informieren dürfen? Ich sehe keinen plausiblen Grund, der gegen Informationen auf ärztlichen Seiten spricht.

Ihr Ziel ist es, vor dem Bundesverfassungsgericht eine Streichung von 219a zu bewirken. Wieso glauben Sie, ist der Paragraph verfassungswidrig? Welche Chancen auf einen Erfolg vor Gericht rechnen Sie sich aus?

Die Verfassungswidrigkeit des 219a kurz darzustellen, ist schwer möglich. Im Kern erschwert er Frauen den Zugang zu Informationen, die ihre medizinische Versorgung betreffen, und schränkt Arzt*innen in der Ausübung ihres Berufs ein. Es gibt keinen guten Grund, warum Arzt*innen, die die Versorgung beim Schwangerschaftsabbruch gewährleisten, was eine Staatsaufgabe ist, mit Gefängnisstrafen bedroht werden, wenn sie öffentlich über ihre Arbeit informieren.

Was sagen Sie zu dem Vorwurf von Lebensschützern, Sie würden Ihr Geld ausschließlich mit Abtreibungen machen?

Ich bin Allgemeinmedizinerin und wäre sehr dankbar, wenn es Kolleg*innen in Gießen gäbe, die ebenfalls Abbrüche machen. Ich traue mich ja kaum, über Weihnachten oder im Sommer die Praxis mal für Urlaub zu schließen. Weil ich weiß, dass die Frauen hier niemanden haben, zu dem sie sonst gehen können. Eine Verbesserung der Versorgungslage wünsche ich mir sehr. Weniger Abbrüche zu machen und mehr Zeit für allgemeinmedizinische Behandlungen und die Reiththerapie für Kinder, die ich anbiete, zu haben, wäre für mich kein Problem. Momentan verdiene ich zwar nicht ausschließlich Geld mit Abbrüchen, aber ich verstehe nicht, wie man mir das vorhalten könnte, wenn es so wäre.

Lebensschützer kritisieren, dass Sie Frauen durch Begriffe wie "Schwangerschaftsgewebe" in die Irre führten, indem Sie sie verharmlosten. Was sagen Sie zu dieser Kritik?

Wenn ich deutsche Begriffe für medizinische Fachbegriffe benutze, ist das bestimmt keine Verharmlosung. Vielmehr wäre es völlig unsachlich, wenn ich, wie es sogenannte Lebensschützer*innen fordern, bei Embryonen von Kindern reden würde. Schwangere Frauen, die ihre Schwangerschaft austragen, gehen ja auch nicht zum Kinderarzt.

Wer nimmt künftig Abbrüche vor, wenn Sie in Rente gehen?

Das ist eine hervorragende Frage, auf die ich leider noch keine Antwort habe. Ich bilde mittlerweile selbst aus: einige junge Ärzt*innen, die den Ernst der Versorgungslage erkannt haben, kommen zu mir in die Praxis, um Abbrüche zu lernen. Ich weiß nicht, ob dieses Engagement ausreicht, um das Defizit in der universitären Ausbildung auszugleichen. Ich gebe aber die Hoffnung nicht auf.

2018 wurden rund 101.000 Schwangerschaften in Deutschland abgebrochen. Fuldner müssen für die Abtreibung nach Kassel oder Frankfurt, denn vor Ort gibt es nicht einen Arzt, der Abbrüche vornimmt - aus Angst. Frauen fühlen sich allein gelassen. In der gesellschaftlichen Diskussion bevorzugen movie36 mit Ärzten, Kirchen, Lebensschützern Beratungsstellen und einer jungen Frau, die sich für eine Abtreibung entschieden hat, gesprochen. Unter Befürwortern herrscht ein Klima der Angst. Warum das so ist, liest du in der Aprilausgabe von movie36.

Schreibfehler gefunden?

Um uns Bescheid zu sagen, markiere den Fehler und drücke **STRG + Enter**.

COLL Foto: Berlin: Ineschenky

Seit 1. April 2019



TONI SPANGENBERG

Journalistin und Autorin

Journalistin, Reporterin und Autorin für die Adress- und Mangazette. Erinnert Themen rund um Karriere und Politik in der UIC.

(mehrere Screenshots von www.movie36.de v. 4.4.2019 als Beweis)

Vor einigen Jahren besuchte ich die Vernichtungsstätten der Nazis in Mauthausen und auf Schloss Hartheim. Auch Sie, Frau Kristina Hänel, hätten so wie ich, erschüttert und fassungslos, diese beiden Tötungsstätten wieder verlassen. Unsägliches Leid, Quälereien, menschenverachtende Experimente und schließlich die Ermordung vieler unschuldiger Menschen in den KZs, ... so etwas soll nie wieder geschehen!

Und wissen Sie, Frau Hänel, welches Bild mich am meisten getroffen hat?

Nach dem Töten ein lustiger "Betriebsausflug" ...



... und nach dem lustigen "Betriebsausflug" wieder ran an die Alltagsarbeit: dem töten!

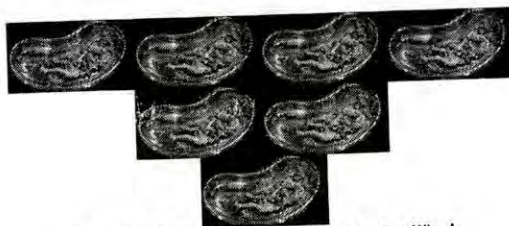
"Nie Wieder" zu den "normalen Verbrechen" von damals und erst recht "Nie wieder" zu den "normalen Verbrechen" von heute!



Töten von Menschen als normale Leistung?

Niemals!





Über 10.000 Kinder haben Sie, Frau Kristina Hänel,
im Bauch ihrer Mütter getötet!
Nie Wieder?

"Münchner Kammerspiele"

"Münchner Kammermusik"
geben für Deutschlands aktivsten Kinderabtreiber,

Kristina Hänel (ca. 14.000) und Friedrich Andreas Stapf (ca. 140.000)

mit der bekennenden Abtreibungsbefürworterin, Lesbe, Filmemacherin und Genderistin Sarah Diehl ein Forum und laden zu einem Podiumsgespräch ein.

In der Ankündigung der Veranstaltung wird bewußt gelogen:

„Über Abtreibung muss geschwiegen werden, so das deutsche Strafgesetzbuch. Sollten sich Arzt*innen trotzdem dazu entscheiden zu informieren, können sie strafrechtlich verfolgt und verurteilt werden. Wie beispielsweise Dr. Kristina Hänel, die sich im letzten Jahr vor Gericht dafür verantworten musste. Auch der Arzt Friedrich Stäfel, Leiter der größten Abtreibungsklinik Deutschlands in München-Freiam, sieht sich und seine Patient*innen immer wieder mit dem Gesetz konfrontiert und Anfeindungen von Abtreibungsgegner*innen ausgesetzt.“

Die **Stadt München** macht sich so zum Handlanger und Unterstützer der "Abtreibungslobbyisten", die das Töten von Menschen nach §218 legalisieren und straffreie Werbung dafür durchsetzen wollen.

Vor zwanzig, dreißig Jahren hätte es niemand für möglich gehalten, daß 74 Jahre nach Auschwitz und Mauthausen eine solche widerliche Werbeveranstaltung für Kinderabtreibung in einem Städtischen Theater möglich ist.

Die beiden o.g. Kinderabtreiber haben
im Laufe ihres Berufsleben

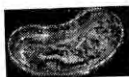
im Laufe ihres Berufslebens
so viele Kinder nach §218 getötet,
wie z.B. eine der u. a. Großstädte in Deutschland an Einwohnern hat!

**Alle nachfolgend aufgeführten Städte,
einschl. München, Gießen und Berlin,
wurden seit Ende des Holocaust,
gemessen an den Opferzahlen
letztendlich durch die Kinderabtreibung
ausradiert!**

Wir sollten uns schämen,
und den Streitern für
ein Menschenrecht auf Leben für ALLE
ein Forum gewähren
und nicht den egoistischen Menschenverächtern !

Bergisch-Gladbach
Bottrop
Bremerhaven

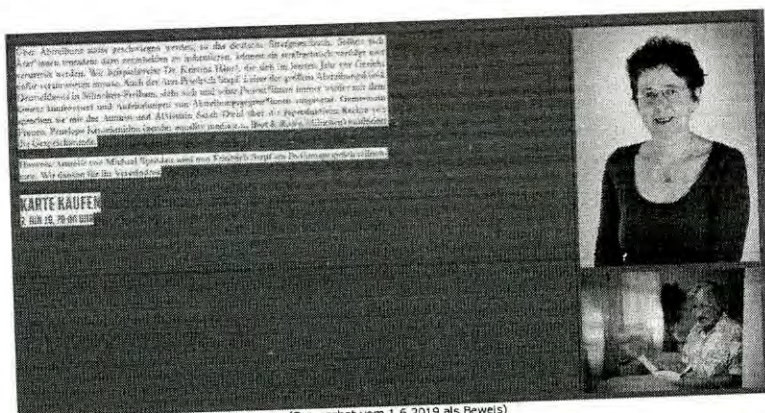
Cottbus
Erlangen
Fürth



Göttingen
Heilbronn
Hildesheim

Ingolstadt
Jena
Koblenz
Moers
Offenbach/Main
Paderborn
Pforzheim
Recklinghausen
Regensburg
Remscheid
Reutlingen
Salzgitter
Siegen
Trier
Ulm
Wolfsburg
Würzburg





(Screenshot vom 1.6.2019 als Beweis)

**Die Tötungsspezialistin (nach218)
Kristina Hänel**

hat scheinbar noch nicht begriffen,
daß es in einer Demokratie UNABSTIMMBARES gibt!

**Müssen wir da, Frau Massenabtreiberin,
74 Jahre nach Auschwitz und Mauthausen,
überhaupt noch drüber reden?**



Annen versucht nicht nur bei meinen
Lesereisen zu Störungen aufzurufen, jetzt
attackiert er auch die Münchner
Kammerspiele. Könnte ich einen Demokraten
aus ihm machen, ich würde es
versuchen... #219a



Penelope Kemekenidou @Penel_pe
Seiten wie "babykaust" hetzen gegen die Veranstaltung zu
#wegmit219a in den @M_Kammerspiele - am Freitag stehen
@haenel_kh @SahraDiehl & #FriedrichStapf auf einer Bühne.
Kommt und unterstützt uns gemeinsam mit @brot_und_rosen ...

Diesen Thread anzeigen

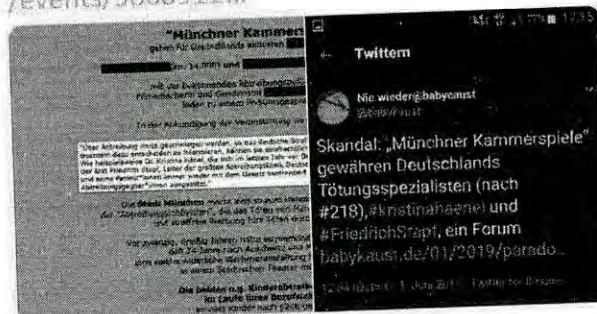
02.09 - 5. Juni 2019

**Wenn man seine Meinung öffentlich kundtut,
daß man sich für das
Menschenrecht auf Leben für ALLE einsetzt,
dann ist das für die linken Genossen und Chaoten HETZE.**



Penelope Kemekenidou @Penel_pe

Seiten wie "babykaust" hetzen gegen die
Veranstaltung zu #wegmit219a in den
@M_Kammerspiele - am Freitag stehen
@haenel_kh @SahraDiehl & #FriedrichStapf
auf einer Bühne. Kommt und unterstützt uns
gemeinsam mit @brot_und_rosen
@ProChoice_DE & @gem_ev_ facebook.com
/events/5868911...



04:46 - 2. Juni 2019

Abtreibungsmedizinerin Christine Mau-Florek erklärt, was "eine Abtreibung ist".

Hier zum Video

<https://www.youtube.com/watch?v=PkJTocNwUA>



Pressemitteilung

zur Podiumsdiskussion an den Münchener Kammerspielen
mit Kristina Hänel und Andreas Stapf am 7.6.2019

Ein kulturloses Trauerspiel

Deutschlands bekannteste Abtreibungsärzte bekommen ein Podium in den Münchener Kammerspielen – am kommenden Freitag reden sie über den § 219a StGB. Im Ankündigungstext heißt es: „Gemeinsam sprechen sie mit der Autorin und Aktivistin Sarah Diehl über die reproduktiven Rechte von Frauen und Menschen mit Uterus.“ Andersdenkende sind bei dieser Runde unerwünscht. Wie hoch der Unterhaltungswert der Beteiligten ist, mag dahin gestellt sein, dem Bildungsauftrag eines Theaters kommt jedoch das Podiumsgespräch ganz sicher nicht nach: es ist nichts anderes zu erwarten als die Inszenierung von Positionen, die bereits sattem bekannt sind.

Frau Hänel und Herr Stapf verdienen ihr Geld nach eigener Aussage mit Töten: „Auch wenn ich persönlich denke, dass der Begriff Töten zum Thema Abtreiben dazu gehört. Ein Embryo, eine Leibesfrucht, ist für mich etwas Lebendiges, und nach der Abtreibung lebt es nicht mehr“, so Kristina Hänel in ihrem Buch „Die Höhle der Löwin“. Auf ihrer Homepage sagt sie dagegen, bei einer Abtreibung würde „Schwangerschaftsgewebe“ abgesaugt. Wer sagt, er möchte Frauen sachlich informieren, sollte stets die wissenschaftlich korrekten Fachbegriffe wie „Embryo“ oder einfach „Mensch“ verwenden, keine sachlich falschen Formulierungen. Er sollte Frauen darüber informieren, dass bei einer Abtreibung ein kleiner Mensch mit Herzschlag, voll ausgebildeten Gliedmaßen und Organen stirbt – und kein „Gewebe“. Hier gäbe es jede Menge Möglichkeiten, Frauen zu informieren. Er sollte Frauen die Wahrheit sagen.

Weder Frau Hänel noch Herr Stapf haben einen Dokortitel oder eine Facharzt Ausbildung. Dennoch sollten sie als Ärzte über diese wissenschaftlichen Fakten informiert sein und sie weder den Frauen, die sich in ihre Praxen begeben, noch der Öffentlichkeit vorenthalten. Wer Frauen wirklich helfen will, sagt ihnen die Wahrheit über Abtreibungen. Wer Frauen wirklich helfen will, tötet nicht ihre Kinder, sondern reicht ihnen die Hand.

Die Verantwortlichen der Münchener Kammerspiele haben soviel Respekt vor Menschen mit Uterus, dass sie ihnen sogar eine extra Anrede widmen, für den Fall dass diese sich nicht als Frau fühlen. Aber sie haben keinerlei Respekt, Achtung oder auch nur Mitleid mit den Menschen, die sich in einem Uterus befinden. „Die Frauen, die in Frau Hänels oder Herrn Stapfs Praxis gehen, kommen mit denselben Problemen wie vorher wieder heraus, nur ohne ihre Kinder: Laut Frau Hänels eigener Beschreibung in „Die Höhle der Löwin“ sind es Frauen, deren Männer verschwunden sind oder die einen Seitensprung vertuschen wollen (das Problem ist also die Partnerschaft, nicht das Kind), oder auch Frauen, deren Familie keine Mädchen haben will (das Problem ist die frauenfeindliche Einstellung, nicht das ungeborene Mädchen)“, so die Bundesvorsitzende der ALFA, Cornelia Kaminski, heute in Fulda. „Zunächst spricht man Menschen ihr Menschsein ab – entgegen aller wissenschaftlicher Erkenntnisse. Und dann nimmt man sich das Recht heraus, sie zu töten. Mit Kultur hat das sehr wenig zu tun.“ Warum ein aus Steuermitteln finanzierter Kulturbetrieb der verfassungs- und grundgesetzwidrigen Einstellung von Stapf und Hänel ein Podium bietet, bleibt das Geheimnis des Münchener Kulturreferats.

Die Aktion Lebensrecht für Alle e.V. ist eine der größten Lebensrechtsorganisationen in Europa und beteiligt sich seit Jahrzehnten auf vielfältige Weise am politischen Meinungsbildungsprozess. Sie tritt für das uneingeschränkte Lebensrecht jedes Menschen ein – ob vor oder nach der Geburt, mit oder ohne Krankheit und Behinderung, alt oder jung. Die ALFA hat rund 11.000 Mitglieder und ist Mitglied im Bundesverband Lebensrecht (BVL) e.V.

V.i.S.d.P.:

Cornelia Kaminski

Bundesvorsitzende der Aktion Lebensrecht für Alle, ALFA e.V.

Vorsicht!

Wenn Mütter zu sehr lieben,
töten sie oder lassen töten!



Die Verrückte Welt der Entarteten!



teresa bücker ●
@fraulein_tessa

.@haenel_kh wurde gestern mit dem #EmotionAward „Frau der Stunde“ geehrt und ich durfte die Laudatio für die sprechen. So ungefähr waren meine Worte:

Kristina Hänel musste im letzten Jahr auf beide Fragen Antworten finden. Sie hatte beschlossen, einen Kampf aufzunehmen und sich zu wehren gegen einen veralteten Paragraphen, der sie schon dafür kriminalisierte, dass sie über ihre Arbeit als Ärztin informierte: Dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführt. Auch nach ihrer Verurteilung nach §219a nahmen sie den Hinweis auf ihrer Website nicht herunter. Wohl wissend, dass dies rechtliche Konsequenzen haben

Magazin "Kultur" zu veröffentlichen. Und nicht nur das: Die "Kultur" soll auch ein Forum für die Autoren sein, die sich für die Kultur interessieren. Und nicht nur das: Die "Kultur" soll auch ein Forum für die Autoren sein, die sich für die Kultur interessieren. Und nicht nur das: Die "Kultur" soll auch ein Forum für die Autoren sein, die sich für die Kultur interessieren.

09:11 - 7. Juni 2019

Screenshot 7.6.2019

Wie begegnen wir Hass? Wie nehmen wir Liebe und Dankbarkeit an? Die Gießener Allgemeinmedizinerin Kristina Hänel musste im letzten Jahr auf beide Fragen Antworten finden. Sie hatte beschlossen, einen Kampf aufzunehmen und sich zu wehren gegen einen veralteten Paragraphen, der sie schon dafür kriminalisierte, dass sie über ihre Arbeit als Ärztin informierte: Dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführt. Auch nach ihrer Verurteilung nach §219a nahmen sie den Hinweis auf ihrer Website nicht herunter. Wohl wissend, dass dies rechtliche Konsequenzen haben würde. Sie startete stattdessen eine Petition zur Abschaffung des Paragraphen 219a, Demonstrationen

und Kundgebungen in vielen deutschen Städten folgten. Kristina Hänel gelang es, dass sich viele Menschen hinter ihr versammelten und sie unterstützten. Und es kam der Hass. Über alle Kanäle, analoge wie digitale, vor ihrer Praxis in Gießen. Gegen sie persönlich, gegen ihre MitarbeiterInnen, ihre Familie und ihre Patientinnen gerichtet. Hass, der gut orchestriert ist. Denn das Recht von Schwangeren über ihren eigenen Körper zu bestimmen, das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch, wird gerade weltweit angegriffen. Kristina Hänel steht in einer langen stolzen Reihe von Frauen, die diese Angriffe abwehren und sich dafür einsetzen, dass Frauen ohne Druck und Angst, mit allen Informationen

versorgt, entscheiden. Sie setzt sich ein für das Recht auf gute Information und auf Selbstbestimmung – und für die Freiheit von Frauen. Sie hat zudem aufgeklärt und so wissen heute mehr Menschen in Deutschland, dass die Gesetzgebung rund um Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland eine mittelalterliche ist. Kommen wir zu der Liebe und der Dankbarkeit: Kristina Hänel's Mut hat viele Frauen, viele Menschen berührt. Sie danken ihr, auch auf allen Kanälen, persönlich und privat wie offiziell. Liebe und Dankbarkeit, das sehen wir 2019, sind nicht orchestriert, aber vermehren sich trotzdem und werden größer. Sich so sichtbar zu machen, sich so einzusetzen, dass macht andere auch

einzusetzen, dass macht andere auch mutig, das ermutigt andere zur Solidarität, zur Wahrheit, zum Vernetzen, Unterstützen, Weitermachen. Wie Kristina Hänel vor Kurzem selbst so trefflich sagte: Die Anerkennung und Solidarität, die sie selbst in den letzten Monaten erfahren hat, gibt auch den Frauen, die zu Unrecht mit Scham belegt wurden, einen Teil ihrer Würde zurück. Das, was Kristina Hänel seit so vielen Jahren als Ärztin leistet und nun auch als öffentliche Person, hat einen unschätzbaren Wert. Kristina Hänel handelt aus Liebe. Kristina Hänel, Ihnen gilt unser Dank wie unsere Zuneigung. Herzlichen Glückwunsch zu Emotion .Award „Frau der Stunde“.

Jedes Jahr werden nach dem Verständnis vieler Feministinnen etwa 40 Millionen Kinder weltweit vor ihrer Geburt deshalb getötet, weil man sie liebt.
Kristina Hänel, die Abtreiberin, tötete aus LIEBE!
Wer vermag solch einen Schwachsinn zu verstehen?

[Zurück zur Übersicht](#)

Impressum E-Hel

Copyright © 2010 Babykaust.de / Aktualisiert: 07.06.2019

b) In einem zweiten Artikel mit der Überschrift „Menschenrechte für ALLE?“ unter der URL www.babykaust.de/01/2019/menschenrechte/recht_auf_leben.html betreibt der Beklagte zunächst einen „Opfer-Zahlenvergleich“ zwischen dem Holocaust und der Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen und ruft sogenannte „Lebensschützer“ dazu auf, Veranstaltungen der Klägerin zu besuchen, damit diese „nicht ohne Widerspruch geschehen.“

Mit Blick auf eine Auszeichnung der Klägerin als „Frau der Stunde“ führt er weiter aus:

„Heute, 74 Jahre nach Auschwitz und Mauthausen, werden Mediziner ausgezeichnet, weil sie töten.“

Und weiter zur Klägerin:

„Das ‚Besondere‘ an Frau Tötungsspezialistin Kristina Hänel: Sie hat die „Kunst des Tötens“ in Holland erlernt und möchte nun ihrerseits viele Medizinstudenten in die ‚Kunst des Tötens‘ einweisen.

Sie sollen in die Lage versetzt werden, daß sie in Zukunft unschuldige, wehrlose, noch nicht geborene Menschen im Bauch ihrer Mütter - gefahrlos für die Mütter - töten können.

Das ‚Tor von Auschwitz‘ wird von vielen unserer heutigen Mediziner wieder weit aufgestoßen.

Es folgt das bekannte Bild des Eingangstores des Vernichtungslagers Auschwitz mit der Inschrift „Arbeit macht frei“ sowie darunter der abschließende Text

„Seit Ende des Holocaust klagen uns mindestens 9 Millionen Abtreibungsopfer alleine in Deutschland an.

Sie halten das für in Ordnung und wollen nichts tun?“

Im Einzelnen hat dieser Artikel folgenden Inhalt:

Die Webseite, die Unrecht beim Namen nennt!



www.Babykaust.de

"WO RECHT ZU UNRECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT, GEHORSAM ABER VERBRECHEN!"
Papst Leo XIII. (1891)

• Newsletter / monatlicher Rundbrief • Wichtige Termine •

Lebensrecht und Menschenwürde

Homo
Aktuell
Hintergründe
Abtreibar
Widerstand
Anzeigen
Prozesse / Urteile
Im Brennpunkt
Zeitdokumente
Against Pro-Life
Euthanasie
Selbst / Selbstmord
Zensur
Pressemitteilungen
Homer-Archiv



Menschenrechte für ALLE ?

Die weltweit häufigste Todesursache
beim Menschen ist die **ABTREIBUNG**,
mit jährlich **über 40 Millionen!**

**Wir erklären unseren Nachkommen, sie müßten sich gegen Ungerechtigkeiten
und für die Menschenrechte einsetzen .**

**Doch das Menschenrecht auf Leben,
welches Voraussetzung ist,
die anderen Menschenrechte auszuüben,
wird beschränkt und gilt doch nicht für ALLE.**

**Nach Ende des Zweiten Weltkrieges führten die Siegermächte
einen Großteil der Bevölkerung durch die KZs,
an den Leichenbergen vorbei.**

**So wollte man den "Ahnungslosen" zeigen,
welche Verbrechen durch Wegschauen und Schweigen möglich waren.**

**Die Bevölkerung mußte an den Leichenberge vorbei gehen und war entsetzt.
"Nie Wieder!" riefen sie damals.**

**Doch es hat nicht sehr lange gedauert,
da "häufen sich wieder die Leichenberge".
In der Anzahl der Opfer, die sich in den
der Nachkriegsjahren addieren ... unvorstellbar:
Weltweit über 2 Milliarden Abtreibungstote!**

**Der gefährlichste Ort für einen Menschen
ist heute der Mutterleib.**

**Den muß der Mensch erst einmal lebend verlassen,
um auch die anderen Menschenrechte in Anspruch nehmen zu können.
Einem toten Menschen, dem man das Menschenrecht auf Leben verwehrt hat,
nutzen andere Menschenrechte nichts mehr!**

Viele "aufgeklärte" Weltbürger glauben einfach den linken Genossen, daß es noch kein Mensch sei, der da zerstückelt, zerschnitten, vergiftet,
abgesaugt und in den Müll geworfen wird. Es paßt ihnen so besser in ihre Lebens-Philosophie.

Bilder und Videos von im Mutterleib getöteten Kindern gibt es genug,
doch will man diese nicht öffentlich machen, denn:
Ein Bild sagt mehr als tausend Worte!

**Daß eine "Abtreibung" im persönlichen Empfinden grausamer wird, je älter bzw. je größer der unschuldige und wehrlose Mensch ist,
muß nicht erläutert werden.**

Ob ein ganz kleiner Mensch, ein etwas größerer oder
ein fast ausgewachsener Mensch im Bauch seiner Mutter getötet wird, spielt letztendlich
keine Rolle für den getöteten Menschen.
Er ist tot für immer und ewig!

**Für die Überlebenden scheint es allerdings sehr wichtig,
denn bei einer möglichst frühen "Abtreibung"
erkennen sie noch nicht genau den abgetrennten
Kopf, die Arme und Beine im
Matschbrei des getöteten Menschen.
Für sie gilt: "Je früher getötet wird, desto besser.**

**Wenn Sie Mut haben, schauen Sie sich
das nachfolgende realistische Video an.**

Es zeigt nicht eine Abtreibung!

Es zeigt aber deutlich, was der Mediziner mit dem Kind gemacht hat ... es ist ein **menschenverachtendes Verbrechen!**
zurück

Kersten Artus (geb.: 1.4.1964 (k)ein Aprilscherz), **eine linke Journalistin und Leiterin**
des **Landesverbands Hamburg** der "Tötungsorganisation **Pro Familia**"
ist eine der **aktivsten Treiber** im aktuellen Kampf um das Werbeverbot des §219a StGB.
Sie werden das schnell selbst im Internet recherchieren können, was alles diese
persönlich betroffene Mutter unternommen hat und noch weiter unternimmt,
um den Tötungsmedizinern ein straffreies Werben für das Töten nach 218StGB zu ermöglichen
und um dieses Töten von unschuldigen, wehrlosen Kinder strafrechtlich zu legalisieren.

Überhaupt ein Irrsinn: Töten legalisieren zu wollen!

Kersten Artus hat den Anzeigenerstatter von einigen Mediziner, die offensichtlich gegen den §219a StGB
verstoßen hatten, der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. Diese sahen tatsächlich im konkreten Fall
den Straftatbestand als erfüllt an und es kam zu einer Gerichtsverhandlung, in der die betroffene
Straftäterin und Abtreiberin Kristina Hänel verurteilt wurde.

Der Anzeigenerstatter, ein junger Student, der sich nicht den zu befürchteten Hetzkampagnen der Linken
aussetzen lassen wollte, bestand zu Recht bei zwei gegebenen Interviews auf Anonymität und gab
seinen wirklichen Namen nicht preis.

Daß störte die linke Aktivistin Kersten Artus wenig, denn sie respektierte den Wunsch des Anzeigenerstatters
auf Anonymität nicht und zettelte eine mediale Hetzkampagne an.

Der Anzeigenerstatter, der sich Markus Krause nannte, versuchte nun gegen die
linke Journalistin und Abtreibungsbefürworterin eine Unterlassungsklage zu erwirken.
Doch leider hat das Landgericht Hamburg gegen den Lebensrechtler entschieden.
(Waren es linke Genossen, die da in Hamburg entschieden?)

**Nun trillert die linke Kämpferin Kersten Artus, die sich
gegen das absolute Menschenrecht auf Leben für ALLE stellt,
per Twitter und sonstigen Medien,
ihren SIEG in die Öffentlichkeit,
aber bleibt nicht bei der Wahrheit.**

**Muß das sein, Frau Kersten Artus, daß Sie vehement nicht nur
an Lügen festhalten sondern diese auch noch verbreiten?**



Kersten Artus
@Kersten_Artus

Folgen

#YannickHendricks zeigt Ärzt*innen an, die über Schwangerschaftsabbrüche informieren. Auch ich darf d nun künftig wieder sagen, hat d L G Hamburg heute entschieden. Ich dürfte auch d Berichte von @abendblatt u @ndaktuell teilen, d sein Bild zeigten. #219amussweg @profamiliaHH

02:49 · 26. Apr 2019 aus Harseburg, Deutschland

Diesen Screenshot veröffentlichen wir als Beweis dafür, daß die linke Kersten Artus mit Veröffentlichung von Lügen den Anzeigenerstatter ganz bewußt denunzieren will.
Rufen Sie Kersten Artus an oder schreiben Sie:

Geschäftsstelle "Pro Familia":	Tel: 040 - 30 99 749 30
Redakteurin Heinrich Bauer Verlag KG	Tel: 040 30 19-47 25
Handy:	0170 540 54 39
E-Mail:	mail@kerstenartus.de
Twitter:	@Kersten_Artus
Facebook:	https://www.facebook.com/kersten.artus
Instagram:	https://www.instagram.com/keartus/
www.jedewiesiemag.wordpress.com	https://jedewiesiemag.wordpress.com
Trauerreden & Nachrufe	https://verabschieden.wordpress.com/verabschieden@email.de

Auch "Emma" bläht weiter zur Hetzjagd!



EMMA
@EMMA_Magazin

Folgen

Er denunzierte diese Frauen, wollte aber selber anonym bleiben. Nun hat das Landgericht Hamburg in einem noch nicht rechtskräftigen Urteil entschieden:
@Kersten_Artus (li.) darf den Namen von Abtreibungsgegner #YannickHendricks nennen. #219a #wegmit219a emma.de /artikel/er-den ...



09:40 · 26. Apr 2019

Hier die Stellungnahme der Tötungsorganisation "Pro Familia" zur Entscheidung des Landgerichts Hamburg vom 26.4.2019:

Dieses verabscheuungswürdige Verbrechen der Nazis soll und kann nur noch im Bewußtsein der Menschen erhalten werden, um abzuschrecken, damit sich diese schrecklichen Verbrechen NIE WIEDER wiederholen. Die Erinnerung kann die Verbrechen der NAZI-Schergen nicht wieder rückgängig machen, sie schmälen oder verhindern ... **aber als warnendes Beispiel für die heutige Zeit gelten.**
Deshalb ist die INITIATIVE NIE WIEDER! für lückenlose Aufklärung, gute Recherchen und ehrliches Bekanntmachen der Fakten aus Deutschlands dunkelster Geschichte.

Nochmal: Gelernt aus den Verbrechen der Nazis haben die heutigen Weltenbürger,
dass jeder Mensch ein unantastbares bedingungsloses Recht auf Leben hat,
aber:
sie haben nicht gelernt, dieses absolute Menschenrecht auf Leben für jeden Weltenbürger absolut zu schützen!

Deshalb ist es für die heutige Zeit unbedingt notwendig, daß man auf die aktuellen Verbrechen unserer demokratischen Gesellschaft, mit verursacht durch den Feminismus, anprangert, beim Namen nennt und bekämpft.



Eine Gesellschaft, die ihre eigenen Kinder "abtreibt", von gewissenlosen, geldgierigen "Auftrags-Henkern" ausgeführt, "treibt seine Zukunft ab" und wird bald als Volk aus der Geschichte austreten.
Dieses neuzeitliche Verbrechen muß gestoppt werden, auch unter Zuhilfenahme von mahnenden, drastischen Hinweisen und Vergleichen.
An dem damaligen Holocaust können wir heute nur noch mahnend erinnern.
An dem heutigen Babykaust können wir heute alle mitwirken, das dieser noch gestoppt wird.
Helfen Sie bitte mit!

Zahlenvergleiche, die aufrütteln!

Land	Ereignis	Zeitraum	jährlich ca.	Opfer insgesamt ca.
Deutschland	Opfer der Nazi-Zeit (Gruppe der Juden)	12 Jahren	-	6.000.000
Deutschland	Opfer in der Nazi-Zeit (incl. Kriegstote)	12 Jahren	-	60.000.000
Deutschland	Opfer durch Abtreibung	74 Jahren	100.000-300.000	7.400.000 - 22.200.000
Europa	Opfer durch Abtreibung	74 Jahren	2.860.000	211.640.000
Welt	Opfer durch Abtreibung	74 Jahren	46.000.000	2.500.000.000 - 3.400.000.000
Israel	Opfer durch Abtreibung	71 Jahren	20.000-40.000	1.420.000 - 2.840.000

Im Vergleich zur Einwohnerzahl werden in Israel (8 Mil. Einw.) doppelt so viele Menschen durch Abtreibung getötet als in Deutschland (80 Mil. Einw.)

Der "Opfer-Zahlenvergleich" für die heutige Zeit:

Josef Schuster meinte, der Massenmord an den europäischen Juden würde relativiert.
Die "Initiative Nie Wieder!" muß Ihnen hier deutlich widersprechen, sehr geehrter Herr Schuster, denn den heute stattfindenden **Babykaust mit dem Holocaust zu vergleichen**, relativiert nicht den Massenmord an den europäischen Juden sondern **relativiert eher den Massenmord an den noch nicht geborenen Menschen.**

In anbeacht der o.g. Opferzahlen des Babykaust muß in einer Demokratie die Meinungsäußerung von Herrn Franz Graf erlaubt sein:
Der Kindermord in Abtreibungskliniken - vom zweiten Monat an bis kurz vor der Geburt - steht in der Masse und Grausamkeit Auschwitz in nichts nach

Manche Meinungen kann und muß man einfach nur aushalten, Herr Schuster!

Es ist zwar schon verständlich, sgh. Schuster, daß Sie nicht gerne hören, daß letztendlich heute auch in Israel ein Babykaust an den ungeborenen Kindern stattfindet, schlimmer noch als in Deutschland (siehe Zahlenvergleich u. gesetzliche Regelung), aber:

Können wir uns nicht einigen, daß wir uns alle gemeinsam für ein weltweit geltendes Menschenrecht auf Leben für ALLE einsetzen und dies auch bald durchzusetzen versuchen?

Warum empören sich heute besonders Juden über den Vergleich Holocaust - Abtreibung ?

Es ist nichts Neues: Sobald man in Deutschland den millionenfachen Abtreibungsmord mit dem Verbrechen der NAZIS in irgendeiner Weise vergleichend gegenüberstellt, sieht man sich massiven Widerständen und Anfeindungen, nicht nur aus der Bevölkerung, sondern auch von jüdischen Organisationen ausgesetzt. (siehe Graf-Kapelle in Pöding).
Nicht selten schalten sich Staatsanwaltschaften ein und ermitteln.
Lebensrechtler wissen um den millionenfachen, schrecklichen Massenmord der NAZIS und würden diesen sicher nicht leugnen. Deshalb werden solche Ermittlungsverfahren in der Regel auch eingestellt.

Die "Initiative Nie Wieder!" wollte möglichen Gründen auf die Spur kommen, warum besonders jüdische Organisationen massiv vorgehen, wenn "neue Vergleiche" in der Öffentlichkeit gelanden.
Wir glauben, nun zumindest eine Antwort gefunden zu haben.
Hier zunächst einmal die Fakten:

Deutschland ca. 80 Millionen Einw. ca. 100.000 - 300.000 Abtreibungstote jährlich	In Deutschland werden jährlich offiziell etwa 100.000 unschuldige, wehrlose Kinder im Auftrage ihrer Mütter vorsätzlich getötet. Das geschieht rechtswidrig, aber unter bestimmten Voraussetzungen für Mütter und "Henker" straffrei. Die Kosten für den Abtreibungsmord werden vom Staat bei vorliegen eines "Sozialstatus" übernommen. Sogenannte med. Abtreibungen übernehmen die Krankenkassen in Deutschland in Gänze. Seit Ende des Holocaust vor 74 Jahren wurden in Deutschland mindestens 7.400.000 Kinder durch Abtreibung getötet.
Israel ca. 8 Millionen Einw. ca. 20.000 - 40.000 Abtreibungstote jährlich	Seit 1977 sind Abtreibungen legalisiert und kostenlos. Soldatinnen stehen während ihres Militärdienstes zwei kostenlose Abtreibungen zu. Der Schwangerschaftsabbruch muß allerdings von einer Kommission (zwei Fachärzten/ein Sozialarbeiter) auf Antrag genehmigt werden. Etwa 1% der Anträge werden abgelehnt. Seit Gründung des Staates vor 71 Jahren wurden in Israel

<p>Deutschland / Israel - Abtreibung -</p>	<p>etwa 2.000.000 Kinder durch Abtreibung getötet</p> <p>Weil von Deutschland aus die menschenverachtenden Verbrechen der NAZIS ausgingen, das Töten von Menschen in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaßes, verwendet die "Initiative Nie Wieder!" auch schon einmal Vergleiche mit den Verbrechen von heute.</p> <p>In diesem Zusammenhang, im Vergleich der Opferzahlen des Holocaust mit dem Babykaust, werden dann Aussagen bzw. Meinungen veröffentlicht.</p> <p>Den schrecklichen Verbrechen der NAZIS fielen auch etwa 6 Millionen Juden zum Opfer (Es gibt Publikationen, die eine etwas geringere Zahl angeben), die ermordet wurden.</p> <p>Bei mindestens 7,4 Millionen AbtreibungsOpfer seit Ende des Holocaust muß dann auch die Frage erlaubt sein: "Was war damals der Holocaust?" Nach unserer Auffassung kann die Bezeichnung "Babykaust" für den Massenmord an den heute getöteten Kinder durchaus verwendet werden und weist auf das Übel unserer Zeit hin. Rechtlich gesehen ist zumindest noch das Töten von unschuldigen, wehrlosen, noch ungeborenen Kindern rechtswidrig und bleibt unter gewissen Bedingungen strafbar.</p> <p>In Israel sieht es mit dem Lebensrecht für die ungeborenen Menschen leider noch schlechter aus. Die Abtreibungstötung ist letztendlich legal und wird vom Staat bezahlt.</p> <p>Zudem erleiden im Verhältnis zur Einwohnerzahl in Israel doppelt so viele Kinder den Abtreibungstod als in Deutschland.</p> <p>Im Jahre 2006/7 wurde bekannt, daß Israel einen Teil seiner abgetriebenen Kinder einem deutschen Forscher verkaufte, damit dieser wissenschaftliche Experimente durchführen konnte. Perfidie!</p> <p>Wenn wir Deutschland, um auf das Verbrechen der massenhaften Abtreibungstötung hinzuweisen, bei diesen Opferzahlen von einem BABYKAUST sprechen müssen,</p> <p>welche Wortwahl</p> <p>würden denn die jüdischen Organisationen vorschlagen, die wir verwenden sollen, wenn wir über das Verbrechen der massenhaften Abtreibungstötung in ISRAEL hinweisen?</p> <p>Die Verbrechen der Abtreibungstötung finden heute, mit wenigen Ausnahmen, weltweit statt und müssen sofort beendet werden.</p> <p>Es ist gut, wenn Millionen von Erdenbürgern besorgt sind und sich für den Schutz unserer Erde einsetzen, damit einmal auch unsere Nachkommen, unsere Kinder, noch eine Lebensgrundlage vorfinden,</p> <p>aber:</p> <p>dafür müssen wir unsere Kinder leben lassen und dürfen sie nicht töten!</p> <p>Bedingungsloses Menschenrecht auf Leben für Alle - geboren wie ungeboren !</p> <p>Der HOLOCAUST wurde, Gott sei Dank, beendet.</p> <p>Beenden wir auch den BABYKAUST - sofort !</p> <p>Keine Kinder - Keine Zukunft !!</p>
---	--

**Man muß Donald Trump nicht lieben
und auch nicht alle seine Entscheidungen gutheißen,
aber dennoch hat er in der Sache der Abtreibung recht.
Natürlich verwendet er eine deutliche, einfache Sprache,
die alle verstehen aber viele nicht hören wollen:**

"Mutter und Arzt richten das Baby hin"


stern

VIDEO SPIELCE ABO FOTOGRAFIE

NEON NIGO VIEW

Penorama Politik Kultur Lifestyle Digital Wirtschaft Sport Gesundheit Genuss Reise Familie Auto

Wahlkampfauftritte in Wisconsin

26. April 2019 10:11 U

"Mutter und Arzt richten das Baby hin": Trump wettert mit falschen Angaben gegen Abtreibung

Dass Donald Trump ein Abtreibungsgegner ist, ist bekannt. Während eines Auftritts in Wisconsin schoss er nun aber über das Ziel weit hinaus. Er verurteilte Spät-Abtreibungen als "Hinrichtung" eines geborenen Babys.






Drucken

Warum der Stern nun titelt, daß Trump mit falschen Angaben wettert, verstehe wer will?
Wo Trump Recht hat, da hat er recht!

Abtreibungen:

"Schlimmer als der Holocaust"

In Amerika schlagen die Wogen z.Zt. sehr hoch, wenn es um das Thema "Abtreibung", die Tötung unschuldiger und wehrloser Kinder geht. Der "Stern" berichtete am 6.4.2019 in seiner Online-Ausgabe, daß das Repräsentantenhaus von Alabama sich derzeit mit diesem Thema besonders kontrovers auseinandersetzt.

Stern-Online:

"... vergleicht der Gesetzestext Abtreibungen mit so schlimmen Massenmorden aus der Geschichte wie dem Holocaust und dem Völkermord in Ruanda:

"Seit der Legalisierung von Abtreibung 1973 wurden in den USA über 50 Millionen Babies getötet. Das ist drei mal so viel, wie alle Menschen, die in deutschen Todes-lagern, in Chinas Kulturrevolution, Stalins Gulags, auf den Schlachtfeldern von Kambodia und im ruandischen Völkermord zusammen umgekommen sind."

Wenn es zutrifft, daß...

1. mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle das menschliche Leben beginnt
2. der Mensch sich als Mensch entwickelt
3. der Mensch sofort eine unantastbare Würde inne hat
4. alle Menschen die gleichen Rechte mit Beginn des Lebens besitzen
5. das Menschenrecht auf Lebens das vorrangigste Menschenrecht überhaupt ist
6. seit 1973 in den USA über 50 Millionen Babies getötet wurden
7. seit Ende des Holocaust in Deutschland etwa 7-22 Millionen Babies getötet wurden
8. seit Gründung in Israel etwa 1,4 Millionen Babies getötet wurden
9. seit Ende des Holocaust weltweit etwa 2,5 Milliarden Babies getötet wurden

... dann ist die Fragestellung auf "Stern-Online" berechtigt aber

**für Menschen mit Haus- und Sachverstand sofort
beantwortet:**

**"Abtreibungen:
'Schlimmer als der Holocaust'"**

[zurück](#)

Tötungsspezialistin

Kristina Hänel,

die im Auftrag der Mütter
deren Kinder vor der Geburt tötet,



tingelt durch ganz Deutschland, um andere Mediziner für das Tötungsgeschäft
"Abtreibung" zu gewinnen.

Daß man mit dem Töten von Kindern (nach 218) nicht verurmt,
beweist Deutschlands Tötungsspezialist Friedrich Andreas Stapf.
Er ist ein Lebemann, liebt luxuriöses Leben, fährt teure Autos
und besitzt eine Villa am Starnberger See.
Der Hubschrauber-Pilot fährt quer durch ganz Deutschland,
um seine teuren Hobbys auszuüben.

Mit Stapf hat die Gießener Massentöterin einen weiteren Verbündeten, der sich für
Kinderabtreibung stark macht.

Hänel ist unter die "Schreiberlinge" gegangen und vermarktet
mit "ihrem" Argument-Verlag bundesweit ihr Buch.
Gleichsam wirbt Sie für ihren Kampf um die Legalisierung der Kinderabtreibung und
um straffreies Werben dafür.

Man muß sich schämen, deutscher Staatsbürger zu sein,
wenn man sieht, was **74 Jahre nach Auschwitz**
und **Mauthausen** wieder alles in Deutschland möglich ist.

Lebensrechtler sollten sich die Termine notieren,
wann und wo Tötungs-Mediziner in Deutschland unterwegs
sind, um für ihr menschenverachtendes Tun zu werben.
Dies darf nicht ohne Widerspruch geschehen.

Wenn Sie nichts tun, tun es Andere,
aber anders, als Sie es wollen.

München

7.6.2019, 20 Uhr
Podium mit Sahra Diehl, Kristina Hänel, Friedrich Stapf. Moderation: Penelope Kerkenidou

Lich

12.6.2019, 20:00 Uhr
Kino Traumstern, Gießener Straße 15, Lich
Eintritt: 12 EUR/10 EUR ermäßigt | Hotline: 06404-3810
muenchenermatterspiele.de

Erfurt

23.9.2019, Information folgt

Hannover

14.10.2019, Information folgt

München

2.11.2019, Information folgt

Stuttgart

3.11.2019, Information folgt

Mannheim

4.11.2019, Information folgt

Saarbrücken

18.11.2019, 19:30 Uhr, Information folgt

Quelle: Argument.de

Nicht mehr zu fassen!
Tötungsspezialistin Kristina Hänel
wird als "Frau der Stunde" ausgezeichnet!

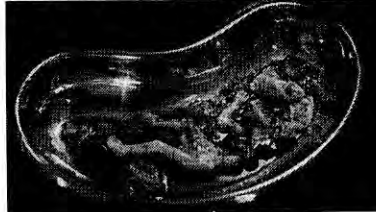
Eine Medizinerin, die tötet, als "Frau der Stunde"?

Wie dekadent müssen Menschen sein,
die eine Medizinerin, die im Auftrage vieler Mütter
deren Kinder rechtswidrig nach §218 StGB tötet,
ihr dafür noch einen Orden um den Hals hängen?

Früher wurden Mediziner ausgezeichnet, weil sie
z.B. das Leben von Kindern retteten.



Heute, 74 Jahre nach Auschwitz und Mauthausen,
werden Mediziner ausgezeichnet, weil sie töten.



MEN

mittelhessen

LOGIN

Kristina Hänel als "Frau der Stunde" ausgezeichnet

Von red Erschienen am 07.06.2019 um 19:15 Uhr

Kristina Hänel ist am Donnerstagabend bei einer Gala in Hamburg mit dem
"Emotion-Award" in der Kategorie "Frau der Stunde" ausgezeichnet worden.
Das Frauen-Magazin "Emotion" würdigte damit zum bereits achten Mal
bemerkenswerte Frauen aus ganz Deutschland für ihr soziales und
unternehmerisches Schaffen.



Kristina Hänel Foto: dpa

GESSEN/LICH - Kristina Hänel ist am Donnerstagabend bei einer Gala in Hamburg
mit dem "Emotion-Award" in der Kategorie "Frau der Stunde" ausgezeichnet worden. Das Frauen-Magazin

(Screenshot von www.mittelhessen.de)

Das "Besondere" an Frau Tötungsspezialistin Kristina Hänel:

Sie hat die "Kunst des Tötens" in Holland erlernt
und möchte nun ihrerseits viele Medizinstudenten
in die "Kunst des Tötens" einweisen.
Sie sollen in die Lage versetzt werden, daß sie in Zukunft
unschuldige, wehrlose, noch nicht geborene Menschen
im Bauch ihrer Mütter - gefahrlos für die Mütter -
töten können.

Das "Tor von Auschwitz" wird von vielen unserer heutigen Mediziner wieder weit aufgestoßen.



Seit Ende des Holocaust
klagen uns mindestens 9 Millionen Abtreibungsoffer
alleine in Deutschland an.

Sie halten das für in Ordnung und wollen nichts tun?

c) In einem dritten Text, der unter der Überschrift „Menschenrechte für ALLE ? – Wenn Menschen sich über GOTT erheben wollen –“ steht und unter der URL www.babykaust.de/01/2019/219a-werbeverbot/219a_stgb-2019.html veröffentlicht ist, führt der Beklagte mit Blick auf eine Lesereise der Klägerin in Norddeutschland und ihre Mitteilung, es gäbe so viele Presseanfragen, dass sie neulich zwischen zwei Abbrüchen ein Interview gegeben, das Folgende aus:

„Übersetzt:

Die "Lebensschützerin", so wie sich Kristina Hänel selbst gerne bezeichnet, geht in ihrer Praxis zum OP-Raum, wo auf dem Gyn-Stuhl bereits eine Mutter liegt, die ein Kind unter ihrem Herzen trägt.

(ungeborenes Kind 6/8. Schw.woche)

Unter Zuhilfenahme chirurgischer Gerätschaften

tötet sie das Kind im Bauch seiner Mutter, saugt es ab und entsorgt es, womöglich mit dem Müll

Dann wäscht sie sich ihre Hände,

um vor laufender Kamera dem "Spiegel-TV mit sauberen Händen ein "kleines Interview" zu geben.

Danach geht Sie wieder in den OP-Raum und tötet ein zweites Kind, als sei es das normalste auf dieser Welt.

... und vielleicht spielt sie am Abend mit ihrer Musikgruppe »Klezmers Dream" jiddische Lieder der humorvollen Art.

Verstehen Sie jetzt, Frau Hänel, warum dieses Bild Parallelen von damals zu heute hervorruft?

Nie Wieder?“

Nach jeder Textzeile folgt ein Bild, meist eines der für die Webseite üblichen Schockbilder. Nach der Erwähnung der Band „Klezmer's Dream“ ist wiederum das Bild von den in die Kamera lachenden KZ-Aufseher_innen bzw. -mediziner_innen abgebildet, von denen einer ein Akkordeon in den Händen hält.

Insgesamt hat der Artikel folgenden Inhalt:

Die Webseite, die Unrecht beim Namen nennt !



www.Babycaust.de

"WO RECHT ZU UNRECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT, GEHORSAM ABER VERBRECHEN!"
Papst Leo XIII. (1891)

Lebensrecht und Menschenwürde

Home
Aktuell
Hintergründe
Abtreiber
Widerstand
Anzeigen
Prozesse / Urteile
Im Brennpunkt
Zeitdokumente
Against Pro-Life
Euthanasie
Suizid / Selbstmord
Zensur
Pressefälschung
Humor-Arche



20180127

• Newsletter / monatlicher Rundbrief • Wichtige Termine •

Menschenrechte für ALLE ?

- Wenn Menschen sich über GOTT erheben wollen -

Kinder-Abtreiberin Kristina Hänel (Gallionsfigur aus Gießen),



Kersten Artus ("Pro" Familia); Ulla Schauws (Grüne),
Cornelia Möhring (LINKE) und Dinah Riese (TAZ)

sind einige der treibenden Kräfte in Deutschland,

nicht nur die Werbung für die Tötung,
sondern
die Tötung ungeborener Kinder selbst legalisieren zu wollen!



Das Jahr 2019,
74 Jahre nach Auschwitz und Mauthausen,
dürfte ein entscheidendes Jahr dafür werden,
ob in Zukunft
das Menschenrecht auf Leben
auch in Deutschland allen Menschen gewährt wird.
(Heute: Abtreibungsrecht Morgen: Euthanasiepflicht)

Stellen Sie sich gegen menschenverachtenden Gruppen,
die die Menschenrechte für Alle abschaffen und einer freien Entscheidung
überlassen wollen

Tun Sie endlich was.

Unsere Kinder und Enkelkinder sollen nicht einmal sagen können:

"Und einige Zeit DANACH wurde es viel schlimmer,
als wir uns das je vorstellen konnten"

Helfen Sie mit, daß dies keine Realität werden!

Ist Ihnen schon aufgefallen?

Deutschlands aktivste
Tötungsspezialisten für ungeborene Kinder,

In München = Friedrich Andreas Stapf
(bisher über ca. 140.000 Kindstötungen)

In Nürnberg = Gesya Zeyf (im Klinikum Nürnberg)
(bisher über ca. 40.000 Kindstötungen)

halten sich aus der ganzen
"219a-Werbe-Diskussion" weitgehendst zurück.

Fürchten sie einen Umsatzeinbruch,
sollten auch andere Mediziner
Tötungen nach 218 öffentlich bewerben ?

zurück

6. Januar 2019

Nachdem Kerstin Artus eine "Triggerwarnung"
auf Twitter losgelassen hat, schwenkt

Kinderabtreiberin Kristina Hänel wieder um!

Sie will nun die armen Mütter, die im Internet auf der Suche
nach einem Mediziner sind, der ihr Kind nach 218StGB tötet,
wieder davor bewahren, daß sie nicht auf die Seite "babycaust" gelangen

Was will diese Tötungs-Spezialistin nach §218 eigentlich?

Kristina Hänel @haanel_kh
Folge ich

Um betroffenen Frauen genau diesen Anblick zu ersparen, wenn sie auf der Suche nach Adressen sind, darum kämpfe ich! Und darum werde ich auch nicht aufgeben. Solange der Staat das zulässt und unsere Informationen verbietet... #219a

Kersten Artus @Kersten_Artus
#219a @D_nah @ulle_schauws @Conni_Moehring twitter.com/Kersten_Artus/...

12:12 - 6. Jan. 2019 aus Linden, Deutschland

33 Retweets 248 „Gefällt mir“-Angaben

2 33 246

"Triggerwarnung!"

Kersten Artus @Kersten_Artus
Folgen

Triggerwarnung!

Ihr müsst diesen Tweet nicht ansehen. Aber ich möchte einmal veranschaulichen, welches Geistes Kind Anti-Choice-Aktivist*innen wirklich sind. Daher d. Screenshot (@babykaust). Deswegen dürfen wir nicht zur Tagesordnung übergehen. Wir müssen das bekämpfen. #219amussweg



07:29 - 6. Jan. 2019

9 Retweets 21 „Gefällt mir“-Angaben

Kristina Hänel @haanel_kh · 12 Std.

Um betroffenen Frauen genau diesen Anblick zu ersparen, wenn sie auf der Suche nach Adressen sind, darum kämpfe ich! Und darum werde ich auch nicht aufgeben. Solange der Staat das zulässt und unsere Informationen verbietet... #219a

Kersten Artus @Kersten_Artus
#219a @D_nah @ulle_schauws @Conni_Moehring twitter.com/Kersten_Artus/...

2 33 247

Nie wieder @babykaust @babykaust · 5. Jan.

Kristina Hänel, § 219a, Abtreiberin fühlt sich als Lebensschülerin
babykaust.de/01/2019/219a-w...

2 33 247

Kristina Hänel @haanel_kh · 4. Jan.

Und hier eine seriöse Website mit Adressen der Kollegen betrachte die aus dem Ausland und macht sich darum nicht strafbar, obwohl der Mathematikstudent aus Kiew ihn gleichzeitig mit mir angezeigt hat. (Ja, ich finde das auch sehr absurd alles...)

Kersten Artus @Kersten_Artus
Wer sie noch nicht kennt: eine Website, auf der Praxen zu finden sind, in denen Abbrüche vorgenommen werden. #219a Abortion Clinics in Europe - eine Übersicht abtreibung-adressen.eu

2 33 247

BDI @Der_BDI · 3. Jan.

3. Januar 2019

Nach vor wenigen Monaten beklagte sich die über 10.000 fache Kinder-Abtreiberin Kristina Hänel darüber, dass Mütter, die sich informieren wollten, auf die schlimme Internetseite der Abtreibungsgegner "www.babykaust.de" gelangen würden, um dort an unseriöse Informationen und Adressen zu gelangen. Sie forderte, www.babykaust.de zu sperren.

Doch nun denkt Kinder-Abtreiberin Hänel plötzlich anders oder fährt schlicht eine andere Taktik?



Kristina Hänel
@haenel_kh

Folge ich

Tja, in Irland geht das jetzt schnell mit den Adressen...
Na ja, wir in Deutschland haben ja immerhin die website babykaust, da sind auch alle Ärzt*innen drauf, die Abbrüche machen.



Abortion Rights IE @freechoicelegal

Abortion is now legal and available in Ireland.

"The My Options freephone helpline (1800 828 010) is provided by the HSE and will be staffed by trained professional counsellors from 9am on January 1st."

13:29 · 3. Jan. 2019 aus Linden, Deutschland

77 Retweets 204 „Gefällt mir“-Angaben



Zur Information:

Als wir uns von der "Initiative Nie Wieder!" vor vielen Jahren dazu entschlossen, Adressen von Kinderabtreibern und unsere Strafanzeigen gegen Abtreiber wegen Verstoß gegen § 219a StGB zu veröffentlichen, war uns bekannt, daß die abtreibungswilligen Mütter Adressen der Abtreiber von den anerkannten Schwangerschafts-Konflikt-Beratungsstellen, von den Gesundheitsämtern, von der BzGA und überhaupt auf Anfrage von allen Mediziner*innen und in Kliniken genannt wurden. Das ist per Gesetz so geregelt: Hätten die Beratungsstellen und Behörden nicht die gesetzliche Verpflichtung gehabt, den Müttern die Adressen der Abtreiber bei Bedarf zu nennen, wären wir mit unserem Adressenmaterial, nicht wie auf www.abtreiber.com aufgelistet, in die Öffentlichkeit gegangen.

zurück

Kurz erklärt:

Der Referentenentwurf zum §219a StGB

(veröffentlicht am 28.01.2019)

des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

**Werden die demokratisch gewählten deutschen Volksvertreter
einem solchen Vorschlag - 74 Jahre nach Auschwitz - zustimmen ?**

**Was bedeutet der neue Gesetzesvorschlag zum §219a StGB
für die Mediziner in Deutschland,
welche im Auftrage der Mütter
Kinder vor deren Geburt gegen Entgelt töten:**



219a (alte Fassung)

- Mediziner gibt bekannt, daß er Abtreibungen durchführt - ist verboten (da Werbung)
- Mediziner gibt Informationen (auch detailliert) über Abtreibungen - ist erlaubt.
- Listen von Abtreibungsärzten liegen den Beratungsstellen vor und werden bei Bedarf den Schwangeren übergeben.

219a (neue Fassung)

- Mediziner gibt bekannt, daß er Abtreibungen durchführt - ist erlaubt (gilt nun als Information)
- Mediziner gibt Informationen (auch detailliert) über Abtreibungen - ist verboten,
- wird von den zuständigen Bundes- oder Landesbehörde, Beratungsstellen und Ärztekammern übernommen
- Liste von Abtreibungsärzten werden nun von der Bundesärztekammer erstellt, aktualisiert und veröffentlicht und der BzGA und dem BFBAFzA zur Verfügung gestellt.
- Neu ist dann auch, daß nur autorisierte Adressen der Abtreibungsärzte, Kliniken und Einrichtungen erfaßt werden.
- Nach einem verpflichtenden Beratungsgespräch wird die Frau keine Abtreibungsadressen mehr von der Beratungsstelle erhalten, da diese Adressen bereits öffentlich sind.

Verrückt und Hinterfotzig oder "Das Ei des Kolumbus"?

Der Kinderabtreiber kann nun gesetzeskonform "informieren" (früher: werben), daß er Kinderabtreibungen gegen Entgelt durchführt und sich durch rechtswidriges aber unter bestimmten Voraussetzungen straffreies Töten bereichert. Veröffentlicht er, trotz Verbot, auch weitere Informationen über den Schwangerschaftsabbruch, ist das kein Problem, da er nicht bestraft werden kann.

Nach §219a wird nur die Werbung bestraft und nicht die "Information" selbst.

Der §219a hat keine Strafe vorgesehen, wenn Mediziner gegen das Informationsverbot verstoßen. Wenn also für ein Verbot keine Strafe vorgesehen ist, kann auch nicht bestraft werden.

Dieser Referentenentwurf, den die "Fünf Waisen" eines "Sondergremiums", Justizministerin Katarina Barley (SPD), Familienministerin Franziska Giffey (SPD), Kanzleramtschef Helge Braun (CDU), Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und CSU-Chef Horst Seehofer als Kompromissvorschlag ausgehandelt haben, ist defacto genau das, **was die Abtreibungsbefürworter sich erwünscht oder erhofft haben:**

Nach dem Gesetz ist zwar immer noch "werben" verboten, **aber**

durch die Umdefinierung von "werben" zu "informieren" und dem fehlenden Strafmaß bei einem Verstoß gegen "informieren" ist letztendlich der §219a StGB auf diese Weise gekippt, wird zum zahnlosen Tiger!

Das "Ei des Kolumbus"?



Es ist nicht zu verstehen, daß die christlichen Vertreter des Gremiums diesen Entwurf um den §219a mit ausgearbeitet haben und nun die Politiker der Großen Koalition auch noch stolz darauf sind.

Haben die christlichen Vertreter geschlafen

oder
fehlte ihnen der Intellekt
oder
fehlte es ihnen an Durchsetzungsvermögen
oder
wollen sie das bestehende Lebensschutzkonzept entschärfen
oder
gar so aufkündigen?

Fatal: 74 Jahre nach Auschwitz und Mauthausen soll das Bewerben
von Kindstötungen im Mutterleib straffrei ermöglicht werden, das
Werben für rechtswidrige Tötungen
unschuldiger und wehrloser Menschen.

Ein Verstoß gegen das Menschenrecht auf Leben!



**Denk ich an Deutschland,
muß ich laut weinen!**



Das hat alles groteske Ausmaße angenommen, wie es da um den § 219a StGB läuft!

Natürlich hat besonders eine Medizinerin wie Kristina Hänel, die sich als Allgemeinmedizinerin im "Nebenverdienst" zusätzlich auf das Töten von ungeborenen Kindern (Abtreibung) spezialisiert hat, ein Interesse, daß ihre "Dienstleistungen" der Öffentlichkeit bekannt werden.

Besonders das "abtreiben", der "Schwangerschaftsabbruch", ist eine immerwährende Einnahmequelle. Schnell verdientes Geld (Pro Tötung eines ungeborenen Kindes, etwa 10 Minuten dauer, = ab etwa 400 Euro aufwärts). Und dieses Geld fließt ja nur, wenn möglichst viele Frauen kommen, denen Hänel ja nur "helfen" will, wie sie es ausdrückt, die wahren Tatsachen verschweigend.

Hänel bediente sich bewußt der Werbung im Internet. Am Anfang vielleicht unwissend, aber nach der ersten Strafanzeige und dem Kontakt mit der Staatsanwaltschaft muß ihr klar gewesen sein, daß ein Belassen des beanstandeten Textpassus auf der Homepage Konsequenzen haben wird. Sie nahm das in Kauf.

Hänel hat sich dann als Wiederholungstäterin und wohlwissend des Begehens einer Straftat, den Auflagen der Staatsanwaltschaft widersetzt.

Man kann davon ausgehen, daß dies so auch beabsichtigt war, um dieses ganze Prozedere um den § 219a endlich anzustoßen. Man darf ebenfalls davon ausgehen, daß Hänel bereits zu Beginn nicht alleine stand. Sicher arbeiteten und arbeiten im Hintergrund einige juristische Berater. Sicher waren bzw. sind nicht wenige Politiker in diese "219a-Kampagne" involviert, von feministischen Organisationen oder Linken Medien kann man das ebenfalls nicht nur annehmen, sondern gemeinsame Aktivitäten belegen das.

Wenn man für **eine geplante Aktion** im Vorfeld schon mit vielen Unterstützern rechnen kann, kann man, wie Hänel, siegesicher und ohne Angst auf finanzielle Belastungen, den Kampf antreten. Geschickt eingefädelt:

Zunächst die **dauernde Berieselung** der Bevölkerung, daß sie (Hänel) nur informiert und nicht geworben habe. Dem folgend, Frauen kämen nicht an notwendige Informationen und hätten keine freie "Arzt"-wahl. Auch nähme angeblich die Zahl der Abtreibungsmediziner immer weiter ab, sodaß eine "Versorgung" bald nicht mehr gewährleistet sei oder abtreibungswillige Mütter lange Fahrtzeiten in Kauf zu nehmen hätten. **Lügenbaron Münchhausen hätte seine helle Freude gehabt.**

Das die lebensfeindlichen Parteien dieses "Spiel" mitmachten ... kann man nicht anders erwarten, aber das selbst die **CDU/CSU sich in Scheingefechte** begaben ... eine Katastrophe. Nur wenige christliche Politiker und die AfD zeigten klare Linie. **Dabei ist** die 5 Millionen-Studie über PAS (Post-Abortion-Syndrom) ein **Zuckerl der SPD** und die Erhöhung des Abgabalters für die kostenlose Anti-Baby-Pille ein **Zuckerl der CDU/CSU** jeweils an den anderen Koalitionspartner ... auf das man sich einigt!

Man kann davon ausgehen, daß der Referentenentwurf des "Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz" um den § 219a, der am 6.2.2019 vom Bundeskabinett einstimmig genehmigt wurde, auch den Bundestag passiert und im Rechtskraft erhält.

Der Weg bis dorthin dürfte nicht lange sein, denn die große Koalition möchte den Streit um §219a schnell beilegen. Ruhe dürfte dann innerhalb der Koalition einkehren, aber nicht außerhalb.

Der Widerstand wird nicht verstummen, im Gegenteil ... er formiert sich aufs Neue und wird m.E. heftiger werden.

Die Abtreibungsbefürworter werten diese mögliche Gesetzesänderung als einen Sieg der Lebensrechtler, aber wohlwissend, das dem nicht so ist.

Denn die Lebensfeinde möchten weiter kämpfen, ist ihr und war ihr Ziel nicht die Änderung bzw. Abschaffung des §219a sondern die des § 218StGB, eine **völlige Freigabe des Abtreibungsmords!** Sie wollen erreichen, daß die Mütter sich nicht mehr einer sogenannten Zwangsberatung unterziehen lassen müssen. Weiter wollen sie erreichen, ohne Zeitlimit und ganz legal, ihre ungeborenen Kinder töten lassen zu können, so sie es "selbst bestimmt" haben. **Tötung kostenlos oder auf Krankenschein sind weitere Forderungen, die zu hören sind.**

Mit dem vorliegenden Referentenentwurf, der durch Mithilfe von CDU und CSU zustande kam, ist durch den Zusatz des Absatz 4 zum §219a für die Kinderhasser bereits **alles erreicht.**
Denn:

Der Kinderabtreiber kann dann informieren das er tötet (früher hieß das werben)
aber
die eigentliche Information allgemeiner Art über Abtreibung, die nach der Neuregelung die Beratungsstellen und die BzGA übernommen werden wird, ist ihm nicht (nicht mehr) erlaubt.
Nur: Ein Verstoß gegen ein "Informationsverbot" bleibt ungestraft, da kein Strafmaß vorhanden ist!

Fazit: Der Kinderabtreiber wird, sollte der Referentenentwurf so beschlossen und Gesetz werden, in Zukunft straffrei für die Tötung ungeborener Kinder werben und informieren können.
Kinderabtreiber haben keine Prozesse mehr zu befürchten.

Doch dies reicht dem linken Gesindel nicht ... sie wollen die Abschaffung und Freigabe der vorgeburtlichen Kindstötung erwirken ... deshalb wird der Kampf weitergehen, unabhängig, ob der Bundestag dem Referentenentwurf zustimmt oder nicht.

Ich frage mich 74 Jahren nach Auschwitz, ob der z. Zt. gegangene Weg von Auschwitz fort oder wieder dorthin führt.



Bei dem Machbarkeitswahn unserer Gesellschaft ist "ein Weg zurück" leider keine Utopie mehr!

§ 218 StGB
Ein niederträchtiges Gesetz, welches jährlich
ca. 100.000 Kindern (offiziell) bzw. ca. 300.000 Kindern (inoffiziell)
den **Abtreibungs-TOD** bringt.
- rechtswidrig, aber straffrei -



§ 219a StGB
Ein Gesetz, das eigentlich das Werben der
Tötungs-"Dienstleistung" durch Mediziner verhindern sollte.

Der Zweck des § 219a wurde bis 2017 so noch erfüllt. Die Abtreibungsmediziner hielten sich, mit wenigen Ausnahmen, an die gesetzlichen Vorgaben.
Demnach war es dem Abtreibungsmediziner nicht erlaubt, öffentlich bekannt zu machen, daß er Abtreibungen durchführt.
Tat er dies doch, riskierte er ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft, die allerdings großzügig und wohlwollend mit den Gesetzesbrechern umgingen und überwiegend die Verfahren unter Auflagen einstellten.

Allgemein über Schwangerschaftsabbrüche informieren, z.B. welche Methoden es gibt, wie genau die Tötung des Kindes im Mutterleib geschieht, welche Risiken bestehen usw. konnte der Abtreibungsmediziner veröffentlichen oder persönlich mit der abtreibungswilligen Mutter besprechen, ohne das dies die Staatsanwaltschaften interessiert hätte, so detailliert und ausführlich dies auch immer gemacht wurde.

(Genügend Beweise könnten hierfür vorgelegt werden. Es ist eine Lüge der Abtreibungsbefürworter, der § 219a verbiete Informationen).

Verwunderlich, daß die Staats- und Generalstaatsanwaltschaften stillschweigend diese verleumderische Kampagne gegen die Justiz einfach hinnehmen und dem nicht öffentlich widersprechen ... eine Weisung von ganz oben?

Nahmen die Gesetzesbrecher nicht die wohlwollende Hand der Staatsanwaltschaft entgegen, sondern widersetzten sich den Auflagen, kam es zu Strafbefehlen oder gar zu Gerichtsverhandlungen. Meist allerdings nur, wie schon erwähnt, wenn eine Wiederholungstat vorlag.

So ist/war es auch im Falle Kristina Hänel (Gießen) und den anderen bekannt gewordenen Fällen.

Hänel wurde verurteilt. Das Landgericht bestätigte das Ersturteil. Doch die Kinderabtreiberin hat im Vorfeld bereits angekündigt, nicht zu ruhen, bis sie

(Hänel) "ihr Recht bekommen hat, also Abschaffung des § 219a StGB.

Notfalls wolle sie eine verfassungsrechtliche Prüfung des § 219a und ggf. den EGMR (Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte) anrufen.

Durch gezielte strategische Aktivitäten der Abtreibungsbefürworter, die natürlich nicht nur in Politik und den Medien, sondern auch den Kirchen zu finden sind, wurde eine große Welle ausgelöst, die die Koalition zum Handeln zwang.

Vorab: Einzige Partei ist die AfD, die am bestehenden Gesetz festhält.

Grüne, LINKE und die FDP sind für eine Abschaffung des § 219a StGB.

Die Roten Genossen waren dies zunächst auch. Doch ruderten sie etwas zurück, denn ansonsten wäre die Koalition zerbrochen.

CDU/CSU und die Roten Genossen werden vermutlich bis Ende Februar 2019 den Referentenentwurf "durchboxen", der nach unserer Auffassung zwar "nur" eine kleine Änderung vorweist, allerdings mit verheerenden Auswirkungen!

Wir können es uns nicht verkneifen zu mutmaßen, daß das alles zu einer lang abgesprochenen taktischen Aktion der Koalitionspartnern gehört, denn:

CDU/CSU und auch die SPD wollen weiterregieren. Bei Neuwahlen kommt etwas ungewisses auf sie zu, ein nicht kalkulierbares Risiko muß vermieden werden.

Daß es in dieser sehr heftig geführten öffentlichen Diskussion letztendlich um

den § 218 StGB geht, der abgeschafft werden soll, damit in Zukunft die Kinder möglichst in offener Frist und ohne Zwangsberatung durch den Abtreiber getötet werden können, so die Mutter es will, dürfte selbst der letzte Mohikaner mittlerweile verstanden haben.

CDU/CSU hätten in den Jahren, in denen Mehrheiten für einen wirklich echten Lebensschutz der Kinder bestand, dies durchsetzen und das Gesetz ändern können. Nichts geschah, sie hielten an den Unrechtsgesetzen fest.

Christlich war das damals schon nicht und christlich ist der nun eingeschlagene Weg sicher auch nicht.

So ist es nun nicht verwunderlich, daß es weiter abwärts geht. In der Regierung wollen die "christlichen" Parteien bleiben, aber ihr Gesicht verlieren wollen sie nicht.

Was wird auf uns vermutlich zukommen bezüglich des Lebensschutzes der ungeborenen Kinder?:

1. Der Referentenentwurf wird mit den Stimmen der Koalitionsregierung angenommen und Gesetz werden. FDP, Grüne und die LINKEN werden dagegen votieren. Ob die AfD sich nur enthält oder dagegen stimmt ... ist noch offen.

2. Abtreibungsmediziner werden dann ausdrücklich mit ihrem Namen werben können, das sie Kinderabtreibungen durchführen. Das wird dann auch nicht mehr werben genannt, sondern informieren.

3. Informationen über Abtreibungen werden von den Beratungsstellen und der BzGA übernommen. Der Abtreibungsmediziner darf nur hinweisen, wo diese Informationen zu finden sind. Dies ist besonders schmerzlich, zumal er unter dem alten Gesetz über Abtreibung/-Methoden informieren konnte.

4. **Trick 1:**

Da die neue Regelung bei einem Verstoß gegen das Informieren über die Abtreibung (die ja neu von den Beratungsstellen und der BzGA übernommen wird) kein Strafmaß kennt, wird der Abtreibungsmediziner in Zukunft dennoch informieren können ... es kann ihm nichts passieren.

Auch wenn Strafanzeigen bei den Staatsanwaltschaften eingehen sollten, diese werden erst gar nicht bearbeitet oder sofort abgelehnt.

5. Trick 2:

Abtreiberin Hänel wird bald die Verfassungsmaßigkeit des §219StGB prüfen lassen. Was werden denn die hohen Verfassungsrichter als aktuelles Gesetz vorfinden, wie werden sie entscheiden?

- a) Einen §218 StGB, der unter gewissen Umständen ein rechtswidriges Töten ohne Zeitlimit erlaubt.
 - b) Einen § 219a StGB, der den Ärzten zwar erlaubt, daß in Ihrem "Dienstleistungskatalog" das rechtswidrige Töten ungeborener Kinder aufgelistet wird, worüber sie als "Fachinstanz" allerdings nicht informieren dürfen, weil dies von anderer Stellen geschieht.
 - c) Einen § 219a StGB, der das Werben der Abtreiber für Abtreibungen verbietet.
- Dies geschieht ja nicht mehr, denn das was früher werben hieß (Abtreiber outete sich öffentlich), wurde mit Erweiterung um Absatz 4 des 219a StGB neu als informieren bezeichnet und ausdrücklich erlaubt.
- Die hohen Verfassungsrichter haben dann nur noch über das "Informationsverbot für rechtswidrige Abtreibungen" zu befinden haben. Unter dem neuen 219a können wir uns in der Tat nicht mehr vorstellen, daß die Verfassungsrichter weiter an ein Informationsverbot der Mediziner über Abtreibung festhalten werden.

Wenn dann der Mediziner einst straffrei und nach dem Gesetz völlig legal informieren (wir nennen das bewerben) kann, wie und wo er Kinder vor deren Geburt gegen teure Euros rechtswidrig aber straffrei tötet, stehen wir dann heute wirklich noch einen Schritt vor dem Abgrund oder sind wir schon einen Schritt weiter?

Informieren über eine rechtswidrige aber straffreie Straftat.

Nach unserer Auffassung wird unter den neuen Gesichtspunkten auch der § 218 StGB in unserem ach so "demokratischen Staat" nicht mehr lange zu halten sein. **GOTT möge uns davor bewahren!**

Wenn wir den Schritt des "legalen Tötens" ohne Zeitlimit (zunächst bei den ungeborenen Kindern) beschreiten, werden dann in Folge weitere Türen aufgestoßen werden, deren Ausmaß wir uns heute, 74 Jahre nach Auschwitz, nicht vorstellen können?

Frage:

Können Abtreibungs-Mediziner zu Euthanasie-Mediziner heranreifen?

Wenn JA, dann müssen in Zukunft nicht "nur" die ungeborenen sondern auch die geborenen Menschen sich um ihr Leben fürchten!

Abtreiberin Nora Szász in Erklärungsnot!

Auf Twitter veröffentlichte die Abtreiberin Szász am 31. März 2019 einen Tweet, daß wir heute letztendlich in einem NAZI-Staat leben. Wir bitten uns das zu erklären, Frau Szász.



Die Kinderabtreiberin Kristina Hänel befindet sich vom 12.- 15. April auf einer Werbetour durch Norddeutschland.

Erste Station war am 12.4.2019 die Stadt Hamburg.

Während ihres "Lesevortrags" wird viel gelacht. Man könnte meinen, eine Karnevalspräsidentin berichtet über lustige Ereignisse in einer Kappen-Sitzung ... wahrscheinlich gab es auch Freudentränen.

Daß es in dieser Vorlesung um ein ernstes Thema ging, hörte man kaum.

Hänel berichtete, daß sie mittlerweile durch den Medienrummel so bekannt sei, daß viele Anfragen aus ganz Deutschland sie erreichten. Leider könne sie nicht jede Frau behandeln, ... mittlerweile müsse sie viele Frauen wegschicken.

Dann erzählt sie, daß sie viele Interviewanfragen habe und sich die Fernsehteams teilweise sogar "die Klinge in die Hand" gäben. Sie würde darauf achten, daß dann keine Frauen mehr in der Praxis seien. Allerdings wäre vor einiger Zeit kurzfristig "Spiegel-TV" dagewesen.

An diesem Tag standen zum ersten mal auch Abtreibungsgegner vor der Tür.

Da habe sie zwischen zwei Abbrüchen ein kleines Interview gegeben.

Übersetzt:

Die "Lebensschützerin", so wie sich Kristina Hänel selbst gerne bezeichnet, geht in ihrer Praxis zum OP-Raum, wo auf dem Gyn-Stuhl bereits eine Mutter liegt, die ein Kind unter ihrem Herzen trägt.



(ungeborenes Kind 8./9. Schw.woche)

Unter Zuhilfenahme chirurgischer Gerätschaften



tötet sie das Kind im Bauch seiner Mutter, saugt es ab und entsorgt es, womöglich mit dem Müll



Dann wäscht sie sich ihre Hände,



um vor laufender Kamera dem "Spiegel-TV mit sauberen Händen ein "kleines Interview" zu geben.



Danach geht Sie wieder in den OP-Raum und tötet ein zweites Kind, als sei es das normalste auf dieser Welt.



... und vielleicht spielt sie am Abend mit ihrer Musikgruppe »Klezmers Dream« jiddische Lieder der humorvollen Art.



Verstehen Sie jetzt, Frau Hänel, warum dieses Bild Parallelen von damals zu heute hervorruft?

Nie Wieder?

Sehr oft, wenn **Kinderabtreiberin Kristina Hänel** über das leidige Thema "ABTREIBUNG" - **Kindstötung im Mutterleib** - spricht, bedient sie sich der Unwahrheit ... **sie lügt!**

Nun scheint Hänel auch die Staatsanwaltschaft angreifen zu wollen, denn die Abtreiberin behauptet allen Ernstes, erst durch den Druck des Anzeigenerstatters und Abtreibungsgegners sei die Staatsanwaltschaft eingeknickt, sodaß es zum Prozeß gekommen sei.

Was genau meint Hänel hier?

Läßt sich die Staatsanwaltschaft Gießen durch Druck beeinflussen?

Das ist ein heftiger Faustschlag gegen die Staatsanwaltschaft Gießen, denn es steht nun im Raum, diese habe in Causa Hänel

nicht objektiv recherchiert bzw. Einflußnahme von außen zugelassen.
Denn Hänel impliziert hier das Vorliegen einer Straftat im Amt gemäß §344 StGB (Verfolgung Unschuldiger), indem sie so tut, als wäre die Staatsanwaltschaft korrupt und würde sie nur aufgrund äußerer Einflußnahme verfolgen.
Wenn die Staatsanwaltschaft auf solche Anschuldigungen nicht reagiert, muß schon die Frage erlaubt sein, was da "Faul ist im Staate Dänemark?"

Hänel ist eine Wiederholungstäterin ... und das vergißt sie oder verschweigt sie gerne.

Obwohl Hänel wußte, daß sie mit der öffentlichen Bekanntgabe, daß sie Abtreibungen in ihrer Praxis durchführt, wegen Werbung nach 219a StGB angezeigt werden könnte, **hielt sie weiter daran fest.**
Mehr noch: Sie forderte den Rechtsstaat heraus und legte es durch ihr provokantes Verhalten geradezu auf eine Verurteilung an.

Die Staatsanwaltschaft hat gar keine andere Option, als ein Verfahren zu eröffnen, wenn der/die Straftäter/Straftäterin (wie in Causa Hänel) uneinsichtig ist.

Daß hat überhaupt nichts damit zu tun, daß der Anzeigenerstatter Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft eingelegt. Es ist ein ganz normaler juristischer Vorgang und sicher kein Druck des Abtreibungsgegners gegen die StA, um eine Gerichtsverhandlung zu erwirken.

Hänel's ganzes Blablabla, sie hatte nur informiert, daß sie Abtreibungen durchführe und den Medizinerinnen sei es nun nicht mehr möglich, Informationen über die verschiedenen Operationen zu geben, ist gelogen. Unter großen Kreisodolstränen versicherte sie immer und immer wieder, Frauen hätten ein Recht auf Information und für dieses Informationsrecht wurde sie kämpfen.

Wenn Hänel gerade als Allgemeinmedizinerin der Öffentlichkeit mitteilt, daß sie auch Abtreibungen durchführt (Abtreibungen führen in der Regel die Allgemeinmediziner nicht durch), dann kann das nur als Werbung verstanden werden und nicht anders. Denn Mutter, die einen Abtreibungsarzt suchen, suchen den unter der Rubrik Frauenärzte oder Gynäkologen und nicht unter Allgemeinmediziner.

Um bekannt zu werden, bedurfte Hänel gerade der Werbung und das wollte sie scheinbar auch ... nur nennt sie das informieren.

Mit der Änderung des §219a hat sie jetzt erreicht, daß sie ihren Namen als Abtreibungsmedizinerin nennen kann, ohne dafür eine Anzeige befürchten zu müssen. Allerdings ist eine allgemeine Information über Schwangerschaftsabbrüche (so wie es ihr früher möglich war) nun nicht mehr erlaubt.

Den Tsunami, den das "219-Beben" ausgelöst hat, wird von einigen Lebensrechtlern schon in der Ferne erkannt. Wenn dieser mit aller Wucht auf unsere Gesellschaft trifft ... Gnade uns GOTT.

Der **BABYCAUST** stellt den **HOLOCAUST** schon jetzt zahlenmäßig um ein vielfaches in den Schatten.
Wir brandmarken die Verbrechen des HOLOCAUST zu recht, doch gelernt hat Deutschland, hat Europa, hat die Weltgemeinschaft daraus nichts: **über 45 Millionen weltweit getöteter Kinder im Mutterleib** geben jährlich Zeugnis von dem größten Verbrechen unserer Tage: dem **BABYCAUST**!

Wenn Sie die Realität ertragen können,
klicken Sie **hier**

Die Causa Hänel hätten wir schon längst abgehakt, wenn nicht immer wieder diese Lügen verbreitet würden. Gute Journalisten mit seriösen Recherchearbeiten sind sicher schon lange auf dieses "Lügengebilde §219a" gestoßen, wollen es aber aus ideologischen Gründen nicht zum Einsturz bringen.



Josephine Andreoli

@josephandrei

Folgen

Bei ihrer Lesung in #Lübeck sagt @haenel_kh zu #219a: „Am meisten wehgetan hat mir das Wort Babycaust – es verletzt mich. Mir wird unterstellt, eine Täterin zu sein und Schlimmeres zu tun, als beim Holocaust. Das muss aufhören.“



11:52 - 14 Apr. 2019

(Screenshot 15.04.2019/Kristina Hänel hat diesen Tweet am 14.4.2019 retweetet)

Abtreiberin Hänel (mindestens 10.000 Kindstötungen im Mutterleib durchgeführt bzw. verantwortl.) zeigt sich bei ihrer Werbetour durch Norddeutschland im April 2019 von dem Wort **BABYCAUST** getroffen und fordert den Schutz der Kinderabtreiber vor überzeugten Lebensrechtlern. Verkehrte Welt!

PS: Hänel darf sich verletzt fühlen ... vielleicht ist das der Beginn zur Umkehr, hin zum wirklichen Lebensschutz für ALLE?

**Die Lüge wird enttarnt werden
und
die Wahrheit wird sich durchsetzen!**

**So langsam bereiten sich die
Befürworter der Kinderabtreibung
auf den 14. Juni 2019 vor und fangen an,
die Werbetrömmeln zu schlagen.**

**An diesem Tage soll der Prozeß gegen zwei Berliner
Abtreibungsmedizinerinnen,
Dr. med. Verena Weyer und Dr. med. Bettina Gaber
vor dem Amtsgericht Berlin wegen**

Eine verlogene Pagage

Morgen findet der Prozeß gegen die beiden
Mediziner **Verena Weyer** und **Bettina Gaber**
vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten statt.

Die Staatsanwaltschaft hat Anklage erhoben wegen
Verstoß gegen § 219a StGB (alte Version). Das es zur Anklage kommt ist
für uns sehr verwunderlich, vermögen wir doch die Berliner Staatsanwaltschaft, gerade im Bezug auf §219a, einigermaßen
einzuschätzen. Wir halten es ohnedies für möglich, daß auf Weisung von oben gehandelt wird.
Das Ziel: Die feministische "Pro-Choice-Bewegung" bei ihrer Forderung auf Legalisierung der Abtreibung und der straffreien Werbung
dafür, zu unterstützen.

Nun berichtet die linke Presse nicht nur nicht objektiv, sondern sie
recherchieren schlecht, wenn überhaupt, und übernehmen einfach Aussagen bezüglich des morgen stattfindenden Prozeß, die nicht der

Wahrheit entsprechen.
Daß das allerdings "zum Plan des großen Ganzen" gehört, davon sind wir überzeugt.

Wenn es Sie interessieren sollte, um was es wirklich morgen geht,
folgen Sie dem **LINK**

Bewußt versuchen die LINKEN Genossen der Öffentlichkeit zu vermitteln,
daß es trotz neuem Gesetz wieder zur Anklage gegen Abtreiber kommt,
obwohl das so nicht stimmt.
Man will einfach nur Druck auf die Politik machen, damit 219a fällt und möglichst auch der 218 StGB.

Nachfolgend einige Beispiele manipulierter Meldungen:

**Tötungsspezialistin Kristina Hänel
hat gegen geltendes Recht verstoßen
und will rehabilitiert werden.**

Sie lügt, diese Abtreiberin als Gießen,
denn
niemand wurde bislang in Deutschland dafür
angeklagt, weil er über den
Schwangerschaftsabbruch informiert hat.
Für wie dumm hält Hänel die
Staatsanwälte und Richter?
Sie traut den studierten Juristen nicht zu,
zwischen Werbung und Information unterscheiden
zu können.

Also, liebe Juristen und Jurastudenten:
Wenn Ihr in dieser Richtung Nachholungsbedarf habt,
die Kinderabtreiberin Hänel klärt euch auf!



Kristina Hänel
@haenel_kh

Und genauso möchte ich, dass die Ärzt*innen
rehabilitiert werden, die ihrer Aufklärungs-
und Informationspflicht zum
Schwangerschaftsabbruch nachgekommen
sind und dafür angezeigt, angeklagt,
verurteilt wurden oder noch werden. Unrecht
aus alter Zeit. #219a

Dirk Behrendt @Dirk_Behrendt

Vor 25 Jahren wurde ein Stück nachkriegsdeutschen Unrechts korrigiert. Wir sollten
trotzdem jener erinnern, die den Akt der Rehabilitation und die Entschädigung nicht
mehr erleben und mit dem Stigma der Strafverfolgung ins Grab gingen. #175StGB
twitter.com/queer_de/status...

13.14 - 13. Juni 2019



EMMA
@EMMA_Magazin

Morgen startet der #Prozess gegen die
Gynäkologinnen Bettina Gaber & Verena
Weyer. Auf ihrer Website steht der Satz:
„Auch ein medikamentöser, narkosefreier
#Schwangerschaftsabbruch gehört zu den
Leistungen von Frau Dr. Gaber.“...
#wegmit219a #wegmit218 emma.de/artikel
/ss219a ...

05:59 - 13. Juni 2019

TESSE DES FEMMES und 2 weitere haben retweeted

Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung @ProChoice_DE · 6. Juni
Solidarität mit den angezeigten Ärzt*innen! #wegmit219a

Am 14. Juni stehen die Berliner Ärztinnen Bettina Gaber und Verena Weyer vor
Gericht. Es ist der erste Prozess nach der gesetzlichen Neuregelung zu §219a.
Kommt zur Kundgebung ab 10:30 Uhr vor dem Amtsgericht Tiergarten!

Protestkundgebung, 14. Juni
ab 10:30 vor dem Amtsgericht
Tiergarten

RECHT AUF INFORMATION ZUM
SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH

Logo: familia apta

Logo: SDS

1 74 190

Dr. Wu @Dok_Wu · 8 Std.
Wir leben im Jahr 2019 nach Christi, angeblich in einem Land, das keine Verbote mag; dennoch wird sich morgen eine Frauenärztin in Berlin vor Gericht verantworten müssen für dieses Delikt, genauer: für diesen einen Satz (blau unterlegt) #219a

Fruchtschwangerschaft und Sie benötigen eine besondere Behandlung? Wir behandeln seit Jahren sämtliche Formen der Schwangerschaftserkrankungen: z.B. Fehlgeburtsneigungen, Diabeta mellitus, Durchblutungsstörungen, internistische Erkrankungen, Epilepsie und Multiple Sklerose.

Auch ein medikamentöser, neuroleptischer Schwangerschaftsabbruch gehört zu den Leistungen von Frau Dr. Gaber.

• Sie benötigen eine Verhütungsmethode?

Wir beraten Sie ärztlich über alle verfügbaren Verhütungsmethoden und wählen gemeinsam die für Sie individuell sinnvollste Methode aus.



Morgen stehen die Gynäkologinnen Dr. Bettina Gaber und Dr. Verena Weyer wegen Verstoßes gegen § #219a vor Gericht. Es ist der erste Prozess nach der Neuregelung. Kommt 10:30 Uhr zur Kundgebung vor dem Berliner Amtsgericht Tiergarten! #sexuelleSelbstbestimmung



Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung ❤️ @ProChoice_DE
Solidarität mit den angezeigten Ärztinnen! #wegmit219a

Am 14. Juni stehen die Berliner Ärztinnen Bettina Gaber und Verena Weyer vor Gericht. Es ist der erste Prozess nach der gesetzliche...

05:01 · 13. Juni 2019

2 Retweets 2 „Gefällt mir“-Angaben

👍 2 🗨️ 2



Kristina Hänel
@haenel_kh

Am 14.6. vor dem Prozess gegen die beiden Berliner Gynäkologinnen Bettina Gaber und Verena Weyer findet um 10:30h eine Kundgebung statt. Amtsgericht Tiergarten, Turmstraße. #219a Bitte lasst sie nicht allein da rein gehen, ich weiß wie es sich anfühlt...

12:10 · 28. Mai 2019

Sie töten den Müttern in deren Auftrag ihre Kinder nach 218 und sind scheinbar auch noch stolz darauf: Abtreibungs-Mediziner



Kinderabtreiberin Bettina Gaber läßt sich von der Menge feiern.

Gaber setzt sich für die Legalisierung der Kinderabtreibung sowie für straffreies werben dafür ein

[hier zum Video](#)

74 Jahre nach Auschwitz und Mauthausen sollte jeder verstanden haben, daß das Töten von unschuldigen und wehrlosen Menschen, auch vor deren Geburt, ein **verabscheuungswürdiges Verbrechen** ist, wie einige Päpste dies nannten.



Auch dieser Mensch hätte gerne weitergelebt!

Niemand hat das Recht, über Leben oder Tod eines Menschen zu bestimmen!

Gott sei Dank hat sich das Gericht nicht von den Protesten vor Ort in ihrem Urteil beeinflussen lassen:



Kristina Hänel
@haenel_kh

Bettina Gaber und Verena Weyer wurden
verurteilt zu 20 Tagessätzen á 100 Euro pro
Ärztin, also insgesamt 4000 Euro Geldstrafe.
Das also bedeutet die sogenannte Reform
des #219a an Rechtssicherheit für Ärzt*innen.
Danke #GroKo !

04:56 · 14. Juni 2019

Hinter dem, was da die Kinderabtreiberin Hänel treibt,
steckt eine vorher gut ausgeklügelte Strategie.
Hänel ist nur das Gesicht nach außen, dahinter stecken
andere kluge Köpfe, die z.Zt. "nur" das Töten vor der Geburt
und die Werbung dafür legalisieren wollen.



Kristina Hänel
@haenel_kh

Wir alle stehen hinter Euch! Und mit uns
Millionen Menschen in Deutschland (und
nicht nur in Deutschland...)!



Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung ❤️ @ProChoic...
Angeklagte Ärztin Bettina Gaber hält eine kurze Ansprache bevor
der Prozess beginnt.

„Wir stehen das durch!“ #wegmit219a #prochoice

03:39 · 14. Juni 2019



Kristina Hänel
@haenel_kh

Beide Ärztinnen wurden verurteilt nach #219a
. Auf der Soli-Webseite
... itaetfuerkristinahaenel.wordpress.com
/spenden/ findet sich ein Spendenkonto. Sie
sollen die Prozess- und Anwaltskosten nicht
selbst tragen müssen. Wir bitten um Spenden
mit dem Verwendungszweck Gaber/Weyer.

Geldspenden

Gerichtsverfahren, Verwaltungsaufwand und Organisation der
Solidarität kosten Geld. Außerdem stehen die Geldstrafe in Höhe
von 6.000 Euro (je 3.000 Euro á 2.000 Euro) sowie die Kosten des V...

Danke Sommer

ertrinken.com

04:39 · 14. Juni 2019



Kristina Hänel
@haenel_kh

Antwort an @MissScott01

Ja, es gibt einen Spendentopf. Auf der
Webseite
SolidaritaetfuerKristinahaenel.wordpress.co
m ist das Spendenkonto unter meinem
Namen angelegt. Davon werden auch
Prozesskosten der anderen Verfahren
übernommen. #219a

06:06 · 14. Juni 2019





Kristina Hänel
@haenel_kh

Antwort an @carsten_gohl @LisSun7

Es geht um den Zusatz „medikamentös“.
Diese Information ist nach dem neuen Gesetz
eine zusätzliche Information über die
Tatsache hinaus, dass ein Arzt/eine Ärztin
sagen darf, dass sie/er Abbrüche anbietet.

05:07 · 14. Juni 2019

 **Kristina Hänel** @haene_kh · 7 Std.
Bettina Gaber und Verena Weyer wurden verurteilt zu 20 Tagessätzen à 100 Euro pro Ärztin, also insgesamt 4000 Euro Geldstrafe. Das also bedeutet die sogenannte Reform des §219a an Rechtssicherheit für Arzt*innen. Danke #GroKo!

 **C***** @corsten_gohl · 6 Std.
Wie sehen denn das Urteil u die Begründung aus?

 **Kristina Hänel**
@haene_kh

Antwort an @corsten_gohl @LaSuzer7


Beide Ärztinnen wurden verurteilt, obwohl nur Bettina Gaber Schwangerschaftsabbrüche anbietet. Hier ging es um den „Vermögensvorteil“ wie es so schön im Gesetz heißt: gemeint ist, dass man damit Geld verdient. Ein Vermögen verdient man nicht. #219a


06:19 - 14. Juni 2019


 **Kristina Hänel**
@haene_kh

Bettina Gaber und Verena Weyer legen Revision gegen das heute ergangene Urteil nach #219a des Amtsgerichts Berlin ein.

07:02 - 14. Juni 2019

 **Kristina Hänel** @haene_kh · 5 Std.
Bettina Gaber und Verena Weyer legen Revision gegen das heute ergangene Urteil nach #219a des Amtsgerichts Berlin ein.

 **hirtitschka@chaos.social** @trotzdehn · 5 Std.
Berufung oder, nicht Revision?

 **Rainer Zufall** @rauwe · 4 Std.
Nur Revision ist sinnvoll, da eine neue Tatsacheninstanz bei unstrittigem Sachverhalt nichts bringt.

 **Kristina Hänel**
@haene_kh

Folge ihr

Antwort an @rauwe @trotzdehn

Sprungrevision heißt es, damit sparen sie sich eine Instanz und kommen somit schneller zum Bundesverfassungsgericht.

08:10 - 14. Juni 2019

**Würde Kinderabtreiberin Kristina Hänel
gerne ein Vermögen verdienen ?**

< Tweet

3

 **Kristina Hänel**
@haenel_kh

Antwort an @carsten_gohl und @LaSuze7

Beide Ärztinnen wurden verurteilt,
obwohl nur Bettina Gaber
Schwangerschaftsabbrüche
anbietet. Hier ging es um den
„Vermögensvorteil“ wie es so
schön im Gesetz heißt: gemeint
ist, dass man damit Geld verdient.
Ein Vermögen verdient man nicht.
#219a

15:13 · 14.06.19 · Twitter for iPhone

Jetzt regt sie sich wieder auf, die Kinderabtreiberin!
Vor ihrem Kampf auf Änderung des 219a war noch das
möglich, was heute ein Problem darstellt!

< Tweet

 **Kristina Hänel**
@haenel_kh

Antwort an @SilphielAndara

Es wurde nach der neuen
Gesetzeslage entschieden. Nach
dem neuen #219a dürfen
Ärzt*innen sagen, dass sie
Abbrüche machen, aber nicht
z.B. mit welcher Methode. Nach
der neuen Gesetzeslage haben
Gerichte keinen
Ermessensspielraum mehr.
Information ist Werbung.

22:40 · 15.06.19 · Twitter for iPhone

Damit es für die Presse nicht fad wird,
Nora Szasz und **Bettina Gaber** haben sich zu **Hänel** dazugesellt.
Ganz bewußt haben diese Personen sich gegen geltendes Recht gestellt
und den Einigungsversuch der Staatsanwaltschaft abgelehnt,
um verurteilt zu werden und Gesetze zu verändern.
Gesetze, die unseren Kindern den Tod bringen
und Deutschland auslöschen wird.
Keine Kinder - keine Zukunft!

EMMA Probe Abol THEMEN ABO SHOP ARCHIV ALICESCHWARZER.DE

§219a-Urteil: Schande für Deutschland

Die Gynäkologinnen Verena Weyer (li) und Bettina Gaber sind wegen Verstoß gegen §219a zu je 2000 Euro Geldstrafe verurteilt worden. Die beiden werden weiterkämpfen. Hunderte Frauen bekundeten mit heftigen Protesten vor dem Amtsgericht Tiergarten in Berlin ihre Solidarität. „Vermögensvorteil“ lautete die Begründung der Richterin.

14. Juni 2019 von Anselme Rote



Gynäkologin Bettina Gaber (Mitte) mit ihrer Kollegin Verena Weyer nach dem Prozess: „Nur gelassen überleben“

„Wir stehen das durch!“ mit diesen Worten richtet sich die angeklagte Gynäkologin Bettina Gaber heute Morgen kurz vor Prozessbeginn an die massierende Menge. Sie wirkt ruhig, stark und fest entschlossen.

Verkehrte Welt!

Das Frauen-Magazin "Emma" bezeichnet das heutige Urteil gegen die beiden Berliner Medizinerinnen, die im Internet für die Tötung von ungeborenen Kindern warben und dafür verurteilt wurden, als **"Schande für Deutschland"**.

Diese Aussage ist eher eine Schande für Alice Schwarzer und ihre Redakteurinnen von "EMMA"!

Stern-Online geht sachlich auf das Urteil ein:

(Man sollte schon berücksichtigen, daß die Straftat noch vor der Gesetzesänderung des §219a begangen wurde aber bei der Strafzumessung den mittlerweile geländerte mildere Paragraph angewandt wurde)

Das Gesetz ist eindeutig, so die Richterin

"Der Sachverhalt ist einfach", sagt Richterin Christine Mathiak in ihrer Urteilsbegründung, keine drei Stunden nach Verhandlungsbeginn.

Vor der Reform

hätten die Ärztinnen den Satz überhaupt nicht veröffentlichen dürfen,

nach der Reform

seien die Worte "medikamentöser", "narkosefreier" und "in geschützter Atmosphäre" noch immer verboten.

Denn nach neuem Recht dürfen Ärzte und Ärztinnen zwar darüber informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Doch wie sie das tun, dürfen sie weiterhin nicht publik machen. Über Methoden dürfen nur Behörden, Ärztekammern und Beratungsstellen informieren.

(Anm. von INW: "Vor der Reform" war sachliche und allgemeine Information auch öffentlich durch den Mediziner möglich. Da waren sich die Staatsanwaltschaften in ganz Deutschland immer einig. In einem persönlichen Gespräch, was der Abtreibungs-Mediziner immer vor dem Eingriff mit den abtreibungswilligen Müttern führte, konnte er genau darlegen, welche Methoden es gibt. Eine Mutter will in der Regel nicht so genau wissen, wie der Mediziner ihr Kind tötet ... von daher blieben die Infos meist oberflächlich)

Obwohl die Anklage noch vor der Gesetzesreform erfolgte, ist nun erstmals der im März in Kraft getretene geänderte Paragraph 219a zur Anwendung gekommen. Denn es gilt, dass stets die Gesetzesfassung anzuwenden ist, die für die Angeklagten am mildesten ist.

Das Gesetz sei eindeutig, sagt die Richterin. Es sei auch nicht verfassungswidrig. Sie sagt auch: "Ob mir dieses Gesetz passt oder nicht, ist nicht die Frage." Für eine politische Debatte über den Sinn und Unsinn des Paragraphen sei ein Gerichtssaal nicht der richtige Ort.

Die Richterin blieb mit ihrem Urteil unter der Forderung der Staatsanwaltschaft, die auf 20 Tagessätze à 150 Euro plädiert hatte. Die Richterin stellte fest: Für die Angeklagten spreche ihr Geständnis, dass sie nicht vorbestraft sind und dass "das strafbewehrte Unrecht sehr, sehr gering ist".

Hätten Bettina Gaber und Verena Weyer nur über ihr Angebot eines Abbruchs informiert, mit dem Zusatz, alles Weitere erführen Frauen in der Praxis, "dann säßen wir nicht hier", sagt die Richterin.

Doch die beiden Ärztinnen wollen Rat suchenden Frauen schon auf ihrer Internetseite mitteilen, wie Gaber Abbrüche vornimmt: medikamentös und ohne Narkose.

"Durch diesen Satz strabten sie die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen in ihrer Gemeinschaftspraxis gegen Erhalt des üblichen ärztlichen Entgelts an", heißt es in der Anklage der Staatsanwaltschaft. Ihres Vermögensvorteils wegen hätten sie unerlaubt für Abtreibungen geworben.

Obwohl nur Bettina Gaber Abbrüche vornimmt, habe sich auch Verena Weyer strafbar gemacht. Denn die Ärztinnen hätten nach einem "gemeinsamen Tatplan" und "gemeinsamen Tatentschluss" gehandelt.

hier der gesamte Beitrag von Stern-Online

Einige Mediziner in Deutschland sch
auf die deutsche Gesetzgebung
und verstoßen ganz bewußt gegen geltendes Recht.
Sie wollen damit eine Änderung des Gesetzes bewirken.

Natürlich wollen diese "Kämpfer für ihr Recht" nicht auch noch
aus ihrem privaten Geldtopf die hohen Verfahrenskosten bezahlen.
(Schließlich verdienen sie mit der Kinderabtreibung ja kein Vermögen, lassen sie wissen)

Flugs wurden Spendenkonten eingerichtet

und in den sozialen Netzwerken wird eifrig zum Spenden geworben.
Man darf derzeit davon ausgehen, daß aus diesem "Spendentopf"
die Kosten (Prozeß und Strafe) der Gesetzesbrecher

Kristina Hänel,

Nora Szasz & Natascha Niklaus

Bettina Gaber & Verena Weyer

vollständig bezahlt werden können.

Ist das nicht verrückt:

Da wird bewußt gegen geltendes Recht verstoßen, weil man mit dem Gesetz nicht einverstanden wird.

Nach einer Verurteilung oder bereits schon vorher stellt man sich der Öffentlichkeit als Opfer dar.

Die Gesetzesbrecher benutzen die Medien für ihre Zwecke, Kinderabtreibung zu legalisieren zu wollen.

Gleichzeitig findet man in den sozialen Netzwerken Mitstreiter, die diese Causa bewerben, unterstützen und Spendengelder sammeln. Mit Hilfe einiger Medien u. Politikern wird Öffentlichkeitswirksam für die angestrebte Gesetzesänderung geworben

Folge: Die Praxen, in denen die Gesetzesbrecher die Kinderabtreibungen vornehmen, haben nun (dank Werbung) regen Zulauf.

(Vielleicht verdienen sie nun ein Vermögen?)

Der Spendentopf ist prall gefüllt (T1=28.000 €/17.6.2019) ... die Einnahmen der Mediziner aus dem Abtreibungsgeschäft werden durch die Prozeßkosten wohl nicht mehr aufgefressen werden können.

Auch 74 Jahre nach Auschwitz und Mauthausen fehlt uns für solche Handlungen das Verständnis!



Geldspenden

Gerechtsverfahren, Verwaltungsaufwand und Organisation der Solidarität kosten Geld. Außerdem stehen die Geldstrafe in Höhe von 6.000 Euro (40 Tagessätze à 150€) sowie die Kosten des Verfahrens in Aussicht. Kristina Hänel und andere angeklagte Ärztinnen und Ärzte soll das nicht alleine tragen – ihr Kampf geht alle an, die für freie sexuelle und reproduktive Rechte sind, umfassende Informationsrechte für Frauen für selbstverständlich halten. Auch Kleinbeträge von fünf oder zehn Euro helfen.

Spenden für Kristina Hänel

Konto: Margit Prieß
Bitte unter Angabe: Unterstützt: Kristina Hänel
IBAN: DE 21 035 0025 0205 0557 01
Sparkasse Gießen

Stand: 17. Juni: 28.000 Euro

Spenden für Nora Stasz und Natasha Nicklaus

Konto: 21 pro familia Kassel
Bitte unter der Angabe: Stasz und Nicklaus
Tollbank Kassel Göttingen
IBAN: DE 20 5249 0000 0000 13600
BIC: GENODE33KAS1

Konto: 21 Nicklaus/Stasz
Bitte unter der Angabe: Stasz, e-mail-Adresse
APO-Bank
IBAN: DE 79 3006 0601 0305 4301 96
BIC: DAEDEDE33XXX

Notorische Rechtsbrecher § 219a StGB:

Was wie eine Posse aussieht,
folgt in Wirklichkeit einem ausgeklügelten Drehbuch





Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass es ein Werbeverbot für Abtreibungen braucht, so wurde er spätestens jetzt erbracht.

Am vergangenen Freitag verurteilte das Amtsgericht Berlin-Tiergarten die beiden Ärztinnen Bettina Gaber und Verena Weyer, wegen des Verstoßes gegen den Paragraphen 219a Strafgesetzbuch zu einer Geldstrafe von jeweils 2 000 Euro.

Die 56 und 52 Jahre alten Frauen **hatten sich geweigert**, den Satz: „Auch ein medikamentöser, narkosefreier Schwangerschaftsabbruch in geschützter Atmosphäre gehört zu unseren Leistungen“ von der Homepage ihrer Gemeinschaftspraxis zu entfernen.

Well in einer freien und offenen Gesellschaft niemand gezwungen werden kann, mehr als eine Gehirnzelle in Betrieb zu nehmen, fehlte es anschließend auch nicht an Stimmen, die in diesem Satz gar keinen Verstoß gegen das Werbeverbot für Abtreibungen erblicken wollten.

Dabei kann es sich bei diesem schon deshalb nicht um seriöse Information handeln, weil die Abtreibungspille (siehe auch Seite 25) gar kein Medikament, sondern ein tödlich wirkendes chemisches Präparat ist.

Wäre es anders, wäre Schwangerschaft eine Krankheit und das ungeborene Kind ein Krankheitserreger, der bekämpft werden muss.

Damit nicht genug:

Angebliche „Informationen“ wie „narkosefrei“ und „in geschützter Atmosphäre“, haben **denselben werblichen Charakter wie Mietofferten**.

Nur dass bei ihnen – kontextbedingt – von „kautionsfrei“ und „in ruhiger Wohnlage“ die Rede wäre.

Weit gravierender aber als die geistlose Verteidigung des zu Recht inkriminierten Satzes ist, dass in vielen Kommentaren und Wortmeldungen wortreich beschwiegen wurde, dass beide **Ärztinnen vorsätzlich handelten**.

Der Staatsanwaltschaft, die anbot, das Verfahren einzustellen, wenn die Ärztinnen im Gegenzug den Satz von ihrer Homepage strichen, zeigten Gaber und Weyer die kalte Schulter und **präzisierten den Rechtsbruch lediglich:**

„Auch ein medikamentöser, narkosefreier Schwangerschaftsabbruch gehört zu den Leistungen von Frau Dr. Gaber.“

Was auf den ersten Blick wie eine in die Bundeshauptstadt verlegte Provinzposse anmutet, folgt in Wirklichkeit einem ausgeklügelten Drehbuch. Nach

Kristiana Hänel (Gießen),

Nora Szasz und Natascha Niklaus (Kassel) haben mit

Bettina Gaber und Verena Weyer (Berlin)

inzwischen **fünf Ärztinnen mutwillig gegen das Werbeverbot für Abtreibungen verstoßen** und um Verurteilung geradezu gebettelt. Die Prozesse und die den Ärztinnen Lorbeerkränze windende Berichterstattung sorgen dafür, dass die ehemals allenfalls

regional bekannten Praxen der Ärztinnen bundesweite Berühmtheit erlangen. Preiswerter war Werbung nie. Dies gilt umso mehr, als die Abtreibungslobby und ihr politischer Arm, der vor allem bei SPD, Grüne und Linkspartei tiefe Wurzeln geschlagen hat, ihre Protagonisten nicht im Stich lassen und mit Ehrungen und Preisen geradezu überhäufen.

Dummheit mag auf den Magen schlagen. Eine freie, offene Gesellschaft kommt damit zurecht.

Was sie jedoch ins Mark trifft, ist der **notorische Rechtsbruch**.

Wo also Abtreibungen vornehmende Ärztinnen, die vorsätzlich gegen das Werbeverbot für Abtreibungen verstoßen, als Heldinnen verehrt und öffentlich ausgezeichnet werden, dort wird einer freien und offenen Gesellschaft Gewalt angetan. Insofern leuchtet auch nicht ein, dass die Richterin bei der Zumessung des Strafmaßes deutlich unter den von der Staatsanwaltschaft geforderten 7 500 Euro für jede der beiden Ärztinnen blieb.

Denn wo der Rechtsbruch hofiert und erschwänglich wird, dort ruft er Nachahmer auf den Plan.

(Artikel erschienen in der Tagespost

21. Juni 2019 08:30 Uhr)

(Markierung/Hervorhebungen von INW)

Beweis für das unter 3. Ausgeführte:

öffentlich zugängliche Internetseiten

www.babykaust.de/01/2019/paradoxie/auszeichnungen.html,

www.babykaust.de/01/2019/menschenrechte/recht_auf_leben.html,

www.babykaust.de/01/2019/219a-werbeverbot/219a_stgb-2019.html,

in Kopie als **Anl. K2**.

4. Wegen der Persönlichkeitsrechtsverletzungen in den ersten beiden der drei genannten Artikel mahnten wir den Beklagten namens und im Auftrag der Klägerin mit Schreiben vom 11.06.2019, übersandt per Post und vorab per email, ab und forderten ihn unter Fristsetzung zum 14.06.2019 zur Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungserklärung auf.

Mit Fax vom 14.06.2019 forderte uns der Beklagte zur Einreichung einer Originalvollmacht auf, was wir mit E-Mail vom selben Tag ablehnten.

Beweis: vorgerichtlicher Schriftverkehr, **Anl. K3**.

Eine weitere Reaktion des Beklagten erfolgte nicht, die Texte sind auch weiter online.

II. Zum Rechtlichen:

1. Der mit den Anträgen zu 1 und 2 geltend gemachte Unterlassungsanspruch ist begründet, da es sich bei den Ausführungen des Beklagten um eine unzulässige, das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Klägerin verletzende Schmähkritik handelt.

Dabei ließe sich schon fragen, ob nicht schon die ständig wiederholte Bezeichnung von namentlich benannten Ärzt_innen als „Tötungsspezialisten“ und dergleichen im Zusammenspiel mit der Behauptung, Schwangerschaftsabbrüche seien nicht etwa „nur“ gleich schlimm, sondern schlimmer als der industriell betriebene Massenmord in den KZs, den Punkt überschreitet, an dem jede Auseinandersetzung in der Sache verlassen wird und es nur noch um die persönliche Schmähung der benannten Personen geht.

Jedenfalls aber wird diese Grenze in den streitgegenständlichen Texten überschritten: Der Beklagte spricht die Klägerin direkt an, wirft ihr persönlich u.a. ein „verabscheuungswürdiges und menschenverachtendes Verbrechen“ vor, vergleicht sie persönlich und direkt mit KZ-Medizinern und -wachmannschaften, vergleicht ihre Auftritte mit einer Klezmer-Band zur Erinnerung an die Opfer der Shoah mit einem Sonntagsausflug dieser historischen Nazi-Massenmörder_innen, wirft abschließend ihr persönlich vor, „das Tor von Auschwitz weit aufzustoßen“.

Damit verlässt er jeden Versuch, auch nur so zu tun, als ginge es um eine Auseinandersetzung in der Sache, es geht hier ausschließlich um die persönliche Schmähung und Herabsetzung der Klägerin. Das zeigt sich noch einmal mehr darin, dass der Beklagte die Klägerin einerseits als direkte

Nachfolgerin von historischen Nazi-Massenmördern darstellt, aber andererseits auch keine Scheu davor hat, selbst klassischen Nazi-Jargon auf die Klägerin anzuwenden und diese als „Entartete“ zu bezeichnen.

Es handelt sich damit um ein klassisches Beispiel einer unzulässigen und das allgemeine Persönlichkeitsrecht verletzenden Schmähkritik.

2. Es besteht auch ein Anspruch auf Geldentschädigung. Der Beklagte hat eine schwerwiegende, rechtswidrige Verletzung des Persönlichkeitsrechts der Klägerin begangen, der nicht anders ausgeglichen werden kann.

Die Schwere des Eingriffs liegt auf der Hand. Dem Beklagten war angesichts zahlreicher vorheriger gerichtlicher Auseinandersetzungen, zuletzt etwa dem zitierten Urteil des EGMR, das eine vorherige Verurteilung des Beklagten bestätigt hatte, auch bewusst, dass Äußerungen der vorliegenden Art nicht zulässig sind, er handelte also vorsätzlich und damit schuldhaft.

Schließlich kann die geschehene Verletzung auch nicht anders, etwa durch bloßes Unterlassen, wiedergutmacht werden; eine Berichtigung als Mittel der Wiedergutmachung scheidet schon deswegen aus, weil es sich nicht um eine Tatsachenbehauptung, sondern um Schmähkritik handelt.

Die Höhe der festzusetzenden Geldentschädigung wird in das Ermessen des Gerichts gestellt. Angesichts der Heftigkeit der Anwürfe, ihrer mehrfachen Wiederholung unter direkter Ansprache der Klägerin sowie angesichts der Tatsache, dass der Beklagte nicht zuletzt durch das Urteil des EGMR vorgewarnt war und daher ganz bewusst rechtsverletzend vorgegangen ist, sollte aus klägerischer Sicht aber eine Summe von 5.000 € nicht unterschritten werden.

3. Die Zuständigkeit des Gerichts folgt örtlich aus der bundesweiten Abrufbarkeit der Internetseite und daraus, dass die Diskussion um den § 219a StGB und allgemein um Schwangerschaftsabbrüche auch ein bundesweites Publikum interessiert.

Sachlich folgt die Zuständigkeit aus dem Streitwert, den wir hinsichtlich der Heftigkeit der Angriffe, der Tatsache, dass es sich um drei verschiedene Texte handelt, und des bundesweiten Interesses an dem Thema für die Unterlassungsforderung vorläufig mit € 30.000 ansetzen.

4. Aus dem Streitwert folgt schließlich auch die Höhe der für die vorgerichtliche Abmahnung zu erstattenden Rechtsverfolgungskosten. Angesichts der Tatsache, dass die Abmahnung nur zwei der drei streitgegenständlichen Artikel betraf, ist insoweit ein Streitwert von € 20.000 angesetzt worden.

Bei Berechnung einer 1,3 Geschäftsgebühr Nr. 2300 VV RVG zuzüglich Auslagenpauschale Nr. 7002 VV RVG und der Umsatzsteuer ergibt sich so die Summe von € 1.171,67. Die Klägerin ist nicht vorsteuerabzugsberechtigt.

Abschriften anbei.

gez. Dr. Elberling

Dr. Björn Elberling
Rechtsanwalt